



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

---

**Nr. 5**

**Mai 1972**

## **AIB-Aktuell**

S. 2

## **Chile**

Die Geheimdokumente der International Telephone and  
Telegraph Corporation

S. 3-7

## **Argentinien**

K. H. Fuchs, P. Hiedl, C. Streubel:  
Zur neueren Entwicklung

S. 8-14

## **Namibia**

Manifest der SWAPO-Jugend an das Volk von Namibia

S. 14-18

## **Angola**

Kommuniqué des Leitungskomitees der Volksbewegung für  
die Befreiung Angolas (MPLA).

S. 18-19

## **Guinea-Bissau**

Amilcar Cabral:  
Kurzer Bericht über den Kampf im Jahr 1971 (2)

S. 19-22

## **Kurzinformation**

S. 22-24

---

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

# AIB-AKTUELL

Die jüngsten verbrecherischen Aggressionsakte der USA in Indochina haben einen Sturm des Protestes und der Empörung ausgelöst. In allen Teilen der Welt gingen Millionen Menschen auf die Straße, um ihre Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas zu demonstrieren und die erneuten Kriegsverbrechen des US-Imperialismus zu verurteilen. Parteien, Parlamentarier und Regierungen der verschiedensten Länder forderten von der US-Regierung die sofortige Einstellung der Terrorangriffe, den Abbruch der Blockade, die Rückkehr an den Verhandlungstisch in Paris und den Abzug aller US-Truppen aus Indochina.

Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi bezeichnete den heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes als eine historische Lektion für die US-Aggressoren. Die Regierungen Norwegens und Finnlands sprachen sich in offiziellen Erklärungen für die Einstellung der Kriegshandlungen aus und verlangten Voraussetzungen dafür, daß das vietnamesische Volk sein Schicksal selbst bestimmen könne. Mit 110 gegen 57 Stimmen wurden im dänischen Parlament die Angriffe gegen nordvietnamesisches Territorium verurteilt. Nur zwei konservative Abgeordnete im schwedischen Reichstag stimmten nicht zu, als die überwältigende Mehrheit im schwedischen Parlament den US-Krieg verurteilte und betonte, daß die Verantwortung für die Ausweitung des Krieges allein bei Washington und seiner Vietnamisierungspolitik läge. In Frankreich distanzieren sich Georges Pompidou und Außenminister Schumann erneut von der Indochinapolitik der USA. Neunzehn britische Labourabgeordnete demonstrierten vor der US-Botschaft in London gegen die Bombenangriffe auf die DRV. Wenig später hatten 90 Labourabgeordnete eine Erklärung unterzeichnet, die sich gegen die Blockade richtet und die ausdrücklich die Solidarität mit denjenigen Senatoren und Kongreßabgeordneten der USA hervorhebt, die sich gegen die Nixon-Kriegspolitik aussprechen und den Abzug der US-Truppen aus Indochina befürworten.

Auch in der BRD demonstrierten in den letzten Apriltagen sowie anläßlich der zahlreichen Veranstaltungen zum 1. Mai und nach Bekanntwerden der Verminung der Hafen- und Küstengewässer der DRV insgesamt weit mehr als 2 Hunderttausend Menschen gegen den US-Krieg.

Die Bundesregierung und ebenso die Mitglieder der SPD- und FDP-Fraktion im Bundestag aber haben keinerlei ernsthafte Versuche unternommen, sich öffentlich von der Kriegspolitik der USA zu distanzieren. Die Devisenausgleichszahlungen laufen weiter und nach wie vor wird das Saigoner Marionettenregime materiell und politisch unterstützt. Das muß aufhören.

Deshalb müssen alle fortschrittlichen Kräfte, Organisationen und Gruppen durch Initiativen und Aktionen den Druck auf Bonn verstärken. Die Forderung lautet: Schluß mit der Unterstützung für die US-Politik in Indochina !

## BESTELLUNGEN

für das  
"Antimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 Nummern 15,-- DM einschließlich Porto

Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren

33 % Ermäßigung

Bestellungen an:

"Antimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

3550 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antimperialistisches  
Informationsbulletin 6/72

bringt u.a.:

SÜD-VIETNAM: US-Programm  
zur Nahrungsmittelver-  
nichtung

UNCTAD: Probleme der  
Entwicklungsländer

CHILE: Fortsetzung der  
ITT-Dokumente

Redaktionsschluß war für diese  
Nummer der 20.4.1972

# CHILE

Am 3. April d. Jahres veröffentlichte die chilenische Regierung eine 200 Seiten umfassende Dokumentation, welche die Aufzeichnungen und den Briefwechsel, die der US-amerikanische Kolumnist Jack Anderson am 23. März in der "Washington Post" enthüllt hatte, enthält.

In dem Vorwort des Buches wird ausgeführt, daß die veröffentlichten Dokumente insofern "von historischer Bedeutung sind, als sie ein beredtes Zeugnis von der ökonomischen und politischen Durchdringung einer abhängigen Nation durch einen grossen imperialistischen Konzern und ihre Regierung ablegen. Für die chilenische Regierung ist es eine patriotische Pflicht, die in den Dokumenten enthaltenen Informationen der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Alle Bürger sollten hierdurch die äusserst ernststen Implikationen dieser Dokumente für die Unabhängigkeit, Souveränität und Selbstbestimmung unserer Nation kennenlernen und selbst einschätzen."

Die Herausgabe der Dokumente ist im wesentlichen in drei Teile gegliedert: 1) Verhinderung der Amtsübernahme Präsident Allendes, 2) Schaffung eines ökonomischen und politischen Chaos in Chile und 3) Staatsstreichpläne. Da bislang kein überzeugendes Dementi-weder von der US-Regierung noch von ITT-vorliegt und gegen den Journalisten Jack Anderson keinerlei Klage erhoben worden ist, kann an der Authentizität der Dokumente kein Zweifel bestehen.

Inzwischen hat Präsident Allende am 5. Mai dem chilenischen Kongress einen Gesetzentwurf zwecks Enteignung der chilenischen Besitzungen der ITT vorgelegt. Falls der Kongress nicht zustimmt, ist es möglich, daß Allende in einem Plebiszit über die Vorlage entscheiden läßt. Der Wert des ITT-Besitzes in Chile wird auf rund 200 Mio Dollar geschätzt. Neben einer 70%igen Beteiligung an der Telefongesellschaft des Landes (Chiltelco) besitzt ITT in Chile eine Elektroanlagenfabrik, eine Nachrichtenübermittlungsgesellschaft, eine Autoverleihzentrale und mehrere Hotels. Das Gesamtvermögen der ITT entspricht etwa dem Bruttosozialprodukt Chiles. In seiner Rede zum 1. Mai führte Präsident Allende u.a. aus: "ITT ist der typische Fall eines Ausbeuterbetriebes: Sie haben 28 Millionen Dollar (in die Telefongesellschaft) investiert, aber 350 Millionen Dollar außer Landes geschafft und sie hinterlassen nun eine Milliarde Escudos (35 Millionen Dollar) Schulden... und für neun Millionen Chilenen gibt es heute nur 37 000 Telefonanschlüsse." (Weitere ITT-Dokumente folgen in der nächsten Nummer)

## DIE GEHEIMDOKUMENTE DER INTERNATIONAL TELEPHONE AND TELEGRAPH CORPORATION (ITT)

[...]

Flüchtige Einschätzungen und ausländische Nachrichtenmedien weisen anscheinend darauf hin, daß Salvador Allende am 4. November als Präsident ins Amt eingeführt wird; es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß es ihm nicht gelingen wird.

Es werden in Chile erhebliche Anstrengungen unternommen, den Sieg Jorge Alessandris am 24. Oktober im Kongreß zu sichern; dies ist ein Teil des "Alessandri-Plans", der verhindern soll, daß Chile ein kommunistischer Staat wird.

Diesem Plan zufolge würde Alessandri - entsprechend seiner Ankündigung - nach der Wahl durch den Kongreß zurücktreten. Der Senatspräsident (ein Christdemokrat) würde die Präsidentschaft übernehmen und Neuwahlen ausschreiben, die 60 Tage später stattfinden würden.

Eine solche Wahl würde höchstwahrscheinlich Präsident Eduardo Frei zum Zuge bringen, der dann erneut gegen Allende kandidieren könnte. Unter solchen Bedingungen könnte Frei die Wahl sicher gewinnen.

Am letzten Dienstagabend (15. September) erhielt Botschafter Edward Korry eine Nachricht aus dem State Departement, die ihm grünes Licht gab, im Namen von Präsident Nixon zu handeln. Diese Botschaft gab ihm die uneingeschränkte Vollmacht, alles nur mögliche zu tun, um Allende von der Macht fernzuhalten - mit Ausnahme einer Aktion à la Dominikanische Republik.<sup>1)</sup>

Ob wir eine Lösung finden oder eine Katastrophe erleben, hängt in diesem Stadium von der Schlüsselfigur Frei und der Frage ab, wieviel Druck die Vereinigten Staaten und die antikommunistische Bewegung in Chile in den nächsten Wochen auf ihn ausüben können.

Die Zeitungen des Mercurio sind ein weiterer Schlüsselfaktor. Sie bis zum 24. Oktober am Leben und Erscheinen zu halten, ist von größter Bedeutung. Sie stellen die einzige verbliebene, ausgesprochen antikommunistische Stimme in Chile dar und befinden sich, insbesondere in Santiago, unter starkem Druck. Sie könnten die Mehrheit Allendes gefährden.

Es folgen einige wesentliche Gesichtspunkte hinsichtlich unserer Einschätzung der gegenwärtigen chilenischen Situation sowie einige zusätzliche Kommentare zu verschiedenen Problemen und ein paar grundsätzliche Empfehlungen:

1. Allende und die Koalition aus Marxisten und Sozialisten (Unidad Popular) handeln so, als ob er bereits der gewählte Präsident sei. Sie üben an allen Fronten starken Druck aus, um seine schwache Mehrheit in der Wahl vom 4. September in einen sicheren Sieg bei der Abstimmung im Kongreß zu verwandeln. Die Kommunistische Partei Chiles, Teil der UP-Koalition, lenkt den Druck. Die Strategie wird von der UdSSR aus koordiniert. Parteidisziplin und -kon-

trolle sind bis jetzt außerordentlich stark.

2. Die antikommunistischen Kräfte - mit den Anhängern Alessandris an der Vorderfront und denen Freis an den Flügeln (beide angetrieben von der US-Regierung) - manövrieren zur Zeit recht wirksam, um die Abstimmung im Kongreß zu gewinnen und den Zeitpunkt für Neuwahlen festzusetzen. In der augenblicklichen Lage Chiles erscheint die Aussicht auf Neuwahlen in dem Maße attraktiver, wie die Zukunft aussichtsloser erscheint.

3. Da Allende und die UP nur wenig mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen erhielten, wird es als sicher betrachtet, daß in einem Zwei-Mann-Rennen und bei einer Kraftprobe "Demokratie gegen Kommunismus" Frei die meisten Stimmen der Christdemokraten - da dies die Partei wieder an die Macht bringen würde - und die Stimmen der Rechten erhielte, die Alessandri unterstützt haben.

4. Bei der letzten Wahlkampagne lag die Führung der Christdemokraten in den Händen von Radomiro Tomic, der Frei und die Vereinigten Staaten abgrundtief haßt. Das nationale Komitee der Christdemokraten wird zu Beginn des nächsten Monats zusammentreten und es wird erwartet, daß Frei die Kontrolle über die Führung wiedergewinnt. (Tomic hat sich bereits verpflichtet, Allende zu unterstützen).

5. Bei einer erfolgreichen Durchführung des "Alessandri-Plans" zeichnet sich unheilvoll die Gefahr von Gewaltausbrüchen und Bürgerkrieg ab, falls Allende die Abstimmung im Kongreß verliert. Allende, die UP und die castristische Revolutionäre Bewegung der Linken (MIR) haben deutlich gemacht, daß sie beabsichtigen, für den vollen Sieg zu kämpfen. Bis zu einem gewissen Grad erscheint daher Blutvergießen unvermeidbar.

6. Ist das chilenische Militär fähig, mit Gewalt, die das ganze Land erfaßt oder mit einem Bürgerkrieg fertig zu werden? Die Meinung darüber ist in Santiago geteilt. Korry hat gesagt, er betrachte die Streitkräfte als einen "Haufen Spielzeugsoldaten". Gutinformierte Chilenen und einige US-Berater sind der Ansicht, daß die Armee und die nationale Polizei dazu in der Lage seien. Es bestehen eindeutige Vorbehalte gegenüber der Luftwaffe und der Marine. Wir wissen, daß der Armee volle materielle und finanzielle Hilfe von den US-Militärbehörden zugesichert worden ist.

4 Das chilenische Militär wird nicht eigenmächtig vorgehen, um Allende an der

Amtsübernahme zu hindern. Wenn es handelt, dann nur im Rahmen der Verfassung.

7. Präsident Frei hat im privaten Kreis gegenüber seinen nächsten Mitarbeitern, gegenüber Alessandri und einem Besucher des State Departement am letzten Wochenende in Vina del Mar erklärt, daß man es nicht zulassen darf, daß das Land kommunistisch wird, und daß Allende daran gehindert werden muß, sein Amt anzutreten. Öffentlich allerdings hält er sich bis jetzt aus der Auseinandersetzung heraus, obwohl er wachsendem Druck der Vereinigten Staaten und seines eigenen Lagers ausgesetzt ist. Er, der bekanntlich in schwierigen Situationen bislang keinen Mut gezeigt hat, steht vor dem Dilemma, daß er weder dem Vorwurf ausgesetzt werden will, Chile der kommunistischen Herrschaft auszuliefern, noch dem, zu einem möglichen Bürgerkrieg beizutragen. Eine Stärkung seines Selbstbewußtseins und die Aussicht auf sechs weitere Jahre Präsidentschaft könnten ihn bei seiner Entscheidung ermutigen.

Zur Stärkung seiner Position werden gerade in dieser Woche Anstrengungen unternommen, die Feiern anlässlich des chilenischen Unabhängigkeitstages in eine Demonstration für Frei zu verwandeln. Mittelpunkt der Feierlichkeiten wird eine Militärparade von 25 000 Soldaten sein, die in Santiago zusammengezogen worden sind.

8. Botschafter Korry riskierte, bevor er grünes Licht aus Foggy Bottom<sup>2)</sup> erhielt, mit seinen äußerst engagierten Berichten Kopf und Kragen. Er war es auch - um ihm die gebührende Anerkennung zukommen zu lassen - der unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse mit den Parteien der Christdemokraten, der Radikalen und der Nationalen und anderen Chilenen zu verhandeln begann, ohne dazu autorisiert zu sein. Er wirkte kontinuierlich auf Frei ein, dieser solle doch endlich "die Hosen anziehen".

Als letzte Woche ein Abgesandter Allendes die Botschaft aufsuchte, um Grüße zu übermitteln und mitzuteilen, daß die "Regierung Allende zu dem Botschafter wie zu den Vereinigten Staaten gute Beziehungen unterhalten wolle", antwortete Korry aus dem gleichen Grunde nur, daß er "derart mit konsularischen Angelegenheiten beschäftigt" wäre, "um für Chilenen, die ihr Land verlassen wollten, Visa auszustellen, daß er noch keine Zeit gehabt hätte, an die Zukunft zu denken." So endete die Unterredung.

9. Das Vorgehen gegen Allende wird sehr wahrscheinlich einige finanzielle Hilfe

von außen erfordern. Über den Umfang dieser Unterstützung wird um den 1. Oktober herum mehr bekannt sein. Wir haben bei Bedarf Hilfe zugesagt.

10. Es besteht unter den ausgebildeten professionellen Beobachtern mit Erfahrung in den Vereinigten Staaten, Europa und Lateinamerika kein Zweifel, daß bei einem Machtantritt Allendes und der UP Chile schnell in einen straffen und fest kontrollierten kommunistischen Staat, ... , umgewandelt werden wird, wie das heutige Kuba oder die Tschechoslowakei. Die Umwandlung würde sehr viel schneller vor sich gehen als in Kuba, da in Chile seit langer Zeit die Organisation einer Kommunistischen Partei besteht. Dies stellt offensichtlich eine schwere Bedrohung der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten [...] und mehrerer lateinamerikanischer Staaten dar. Es ergibt sich ebenfalls aus den Äußerungen Allendes, daß die bestehenden wirtschaftlichen und finanziellen Verbindungen mit den USA gedrosselt würden.

+++

Bei einer Begegnung in seiner Residenz am Sonntag (13. September) befand sich Arturo Matte in einer gelösteren Stimmung als während des letzten Besuches; er führte folgendes aus:

A. Der "Alessandri-Plan", der den Weg zu Neuwahlen eröffnen würde, wird von der Regierung und von Frei persönlich gutgeheißen. Nach der Wahl durch den Kongreß würde Alessandri zurücktreten; auf diese Weise würde er ein Versprechen aus der Zeit vor den Wahlen einlösen, daß er so handeln würde, wenn er nicht eine Mehrheit oder die Mehrheit der Stimmen im regulären Wahlgang erhielte.



Ertoppt!

B. Alessandri machte seine Pläne, für den Fall der Wahl zurückzutreten, in der vergangenen Woche öffentlich bekannt. Anschließend war zu erfahren, Frei habe den

Text der Ankündigung gesehen und gebilligt, bevor er für die Öffentlichkeit freigegeben wurde.

C. Frei und seine Partei - zumindest der Flügel, den er beherrscht - haben an diesem Plan aus zwei Gründen ein großes Interesse: Er würde die Machtübernahme durch einen Marxisten blockieren und den Christdemokraten eine neue Möglichkeit eröffnen, mit Hilfe des Lagers Alessandri wieder an die Macht zu gelangen. Alessandris Ankündigung alarmierte die Marxisten und Allende, die annehmen, daß ein letzter verzweifelter Versuch unternommen wird, sie zu blockieren, wodurch ein Votieren von Christdemokraten für Allende im Kongreß wahrscheinlich teilweise unterlaufen würde.

D. Matte sagte, die Streitkräfte stimmten darin überein, daß eine extreme Gefährdung der Demokratie besteht, wenn Allende die Macht übernimmt. Es besteht Einigkeit darüber, daß er gestoppt werden muß. Die Führung der Streitkräfte und auch Frei ziehen jedoch einen verfassungsmäßigen Weg vor (d.h. die Wahl Alessandris durch den Kongreß), der spontane oder provozierte Gewalt nicht ausschließt.

E. Eine verfassungsmäßige Lösung könnte sich z.B. aus einer starken inneren Unordnung, Streiks, militärischen Kämpfen in den Städten und auf dem Lande ergeben. Dies würde eine Intervention der Streitkräfte für eine unbegrenzte Dauer moralisch rechtfertigen. Aus Mattes Ausführungen ergibt sich allerdings, daß dafür offensichtlich wenig Aussicht besteht. Die Marxisten lassen sich nicht provozieren. "Man kann ihnen auf der Straße ins Gesicht spucken", sagte Matte, "und sie bedanken sich dafür." Dies bedeutet, daß sich die Linke der Möglichkeit einer Provokation bewußt ist und Vorkehrungen trifft, eine solche zu neutralisieren.

F. Ein Frei unterbreiteter Plan, sagte Matte, sieht die Schaffung eines Militärkabinetts vor. Dies würde eine Form extremer Provokation darstellen, würde er doch auf die Vorbereitung eines Staatsstreiches hindeuten. Er würde eine bestimmte psychologische Auswirkung auf die Stimmberechtigten im Kongreß haben, die möglicherweise noch unentschlossen sind, wem sie in dem Entscheidungsrennen ihre Stimme geben sollen. Aber, so fügte Matte hinzu, Frei zögert, ohne einen Grund, der dies in den Augen der Öffentlichkeit rechtfertigen kann, die Bildung eines Militärkabinetts vorzunehmen. Wir folgerten daraus, daß

Frei in dieser Angelegenheit nichts unternehmen werde, es sei denn, er wird mit einer schweren nationalen Krise konfrontiert. G. Der Chef der Streitkräfte, Rene Schneider, ist sich der Gefahr eines Amtsantritts Allendes voll bewußt. Aber ohne die Einwilligung Freis wird er sich nicht einen Zoll von der Stelle bewegen. Viaux, ein pensionierter General, würde sofort - mit oder ohne Grund - alles notwendige unternehmen; aber Schneider, so sagte Matte, habe gedroht, Viaux zu erschießen, wenn er von sich aus vorgeht. Obwohl Viaux nach seiner erfolglosen Rebellion vor wenigen Monaten noch über einige Anhängerschaft verfügt, wird bezweifelt, ob er stark genug ist, es alleine zu schaffen.

H. Frei ist, wie Matte sagte, über die Beeinträchtigung seines Ansehens in der Welt sehr verärgert; er ist darüber beunruhigt, daß er - wie es die Brasilianer ausgedrückt haben - der Kerensky Lateinamerikas werden könnte.

Aber noch weigert er sich, die Zügel ohne "moralische" Gründe in die Hand zu nehmen, sagte Matte.

I. Matte wurde gefragt, ob Frei dazu gebracht werden könnte, wenn ihm die volle Unterstützung durch Washington zugesichert würde? Er dachte eine Weile darüber nach und meinte schließlich, das würde helfen. Der unverkennbare Eindruck war jedoch, daß er der Ansicht war, dies müsse mit größtem Geschick und Takt erfolgen, um nicht die nationale Würde Chiles zu verletzen. (Korrys neue Verhandlungsvollmacht könnte diesem Zweck dienen).

J. Laut Matte hat das Militär für alle Eventualitäten Pläne vorbereitet, welche Form des Vorgehens auch immer notwendig sein würde.

Was bei diesem Treffen herauskam, war folgendes: Der Führer, von dem wir zunächst annahmen, er würde fehlen, sitzt dort fest im Sattel (Frei), aber er wird sich nicht rühren, bevor ihm keine Bedrohung geliefert wird, die ein verfassungskonformes Einschreiten rechtfertigt.

Diese Bedrohung muß irgendwie durch Provokation herbeigeführt werden. Gleichzeitig muß ein leichter aber hinreichend fester Druck auf Frei ausgeübt werden, damit er entsprechend reagiert.

Matte erwähnte weder Geld noch andere Mittel. Als gegen Ende zur Sprache kam, wir wären - wie immer - bereit, beizusteuern, was notwendig wäre, sagte er, man würde uns benachrichtigen.

6 Zu Beginn dieser Woche wurde in Santia-

go ein Kongreß der Kommunistischen Partei abgehalten. Als ein Tagesordnungspunkt wurde die Frage der Verstaatlichungen diskutiert. Die CUT, nationale Konföderation der Arbeit, wurde damit beauftragt, Enteignungspläne auszuarbeiten. Die CUT wird von der Kommunistischen Partei kontrolliert.

Nach Informanten, die den Parteikongreß beobachteten, wurde die Erstellung einer Prioritätenliste einem Mann namens Bertini übertragen; und sieht etwa folgendermaßen aus:

1. Kupfergesellschaften
2. Die Mercurio-Zeitungskette
3. Zwei nicht näher genannte "attraktive" Vermögen.

(Diese drei Punkte würden rasch in Angriff genommen werden. Man nimmt in Santiago an, daß Chiltelco wahrscheinlich unter Punkt 3 fallen wird).

4. Nach diesen ersten Enteignungen würde dann eine Kommission ernannt, die untersuchen soll, welche Industriezweige übernommen werden sollen. Die nächste Gruppe der zu übernehmenden Besitzungen käme nach etwa einem Jahr an die Reihe. Innerhalb von zwei Jahren wäre der Prozeß abgeschlossen.

Die Mercurio-Kette schlägt wirksam auf Allende und die Kommunistische Partei ein. In dieser Woche entsandte Allende einen seiner Spitzen-Leutnants, Alberto Jerez, der als möglicher Außenminister genannt wird, zu einem Treffen mit dem Hauptrepräsentanten A. Edwards in Santiago. Es war das Ziel dieser Sitzung, die nach Mitternacht stattfand, dem Mercurio die Einstellung seiner Kampagne gegen die Kommunisten abzupressen. Jerez wies in plumper Manier darauf hin, daß der Mercurio und A. Edwards mit ihrer Haltung Selbstmord begehen würden. Er sagte, Allende hätte nicht die Absicht, Edwards zum Narren zu halten. Er plane, die Zeitungen zu enteignen und das zu zerstören, wofür sie einstünden. Jerez fügte hinzu, daß die Haltung, die von den Zeitungen in den kommenden Wochen eingenommen werde, sich in größerem oder geringerem Umfang auf die anderen Interessen Edwards in Chile auswirken könne. Er sagte, die Zeitungen würden "den Aufbruch anstacheln, und wenn in dieser Weise fortgeführt wird, so können wir die MIR nicht mehr im Zaum halten, die die Anlage niederbrennen will." Er sagte auch, Edwards könne ins Land zurückkehren (er befindet sich auf einer Geschäftsreise in den Vereinigten Staaten, und seine Familie lebt

gegenwärtig in Buenos Aires), aber wenn er zurückkomme, und die Zeitung weigere sich, eine andere Position zu beziehen, könne es sein, daß er nach der Machtübernahme Allendes "auf der Plaza de Armas gehängt wird."

Die Zeitung in Santiago ist in finanziellen Schwierigkeiten. Seit dem Tag der Wahl erhält sie nur noch 10 bis 15 Prozent ihres normalen Anzeigenumfangs. Sie werden Ende des Monats mit den Lohnzahlungen in Bedrängnis kommen.

Wie Sie sicher in den Zeitungen gelesen haben, sackt Chiles Wirtschaft böse ab. Aber der run auf die Banken hat aufgehört, und der Escudo hat sich auf dem schwarzen Markt wieder bei ungefähr 25 angesiedelt.

Die Arbeitslosigkeit wächst schnell, besonders im Bausektor. Etwa 5000 Arbeiter sind bereits auf den Baustellen von Santiago entlassen worden, da man die Projekte eingestellt hat. Man schätzt, daß sämtliche Arbeitsunterbrechungen in Groß-Santiago gegen Ende dieses Monats etwa 30 000 Personen betreffen werden.

Man wird uns benachrichtigen, welche Hilfe wir leisten können, je nachdem wie sich die gegenwärtigen Aktivitäten bis Anfang Oktober weiterentwickeln.

Abgesehen von der direkten Unterstützung haben wir folgendes empfohlen:

1. Wir und andere US-Firmen in Chile pumpen einige Anzeigen in den Mercurio. (Hiermit wurde bereits begonnen).
2. Wir helfen dabei, einige Propagandisten zu besorgen, die wieder im Radio und Fernsehen arbeiten. Es gibt etwa 20 Leute, die die Matte- und Edwards-Gruppe unterstützten, und wir sollten sicherstellen, daß man sie reaktiviert. Allende kontrolliert gegenwärtig zwei der drei Fernsehstationen in Santiago und hat eine intensive Radio-kampagne in Gang gesetzt.
3. Wir beteiligen uns an der Unterstützung eines Zentrums für die "Familien-Evakuierung" in Mendoza oder Buenos Aires für die Frauen und Kinder von Schlüsselpersonen, die in diesem Kampf mitwirken. Es werden etwa 50 Familien für einen Zeitraum von einem Monat bis sechs Wochen, vielleicht von zwei Monaten, betroffen sein.
4. Es ist ein möglichst großer Druck auf USIS<sup>3)</sup> in Washington auszuüben, damit USIS in Santiago instruiert wird, die Mercurio-Leitartikel in Lateinamerika und Europa zu verbreiten. Bevor ich abfuhr, hatten sie noch Order, nichts außerhalb Chiles zu verbreiten.
5. Über unsere Kontakte in Europa müssen

dort die wichtigsten Presseorgane dazu gedrängt werden, daß sie klarlegen, in welch ein Desaster Chile stürzen würde, wenn Allende & Co. dieses Land gewinnen.

Dies sind die gegenwärtigen Vorschläge, und bis zum 24. Oktober werden weitere erfolgen, in dem Maße, wie der Druck auf Frei und die Christlichen Demokraten zunimmt.

#### Anmerkungen zu Namen, die im Bericht erwähnt wurden:

- Alessandri, Jorge: Präsidentschaftskandidat, Nationale Partei; erhielt die zweitgrößte Stimmenzahl bei den Wahlen am 4. September 1970.
- Berrellez, Robert: Chef des public relations Büro für Lateinamerika mit Sitz in Buenos Aires.
- Bertini, Jorge: Mitglied des Wirtschaftskomitees der Unidad Popular.
- Edwards, Agustín: Präsident des Zeitungskonzerns El Mercurio.
- Frei, Eduardo: Präsident der Republik Chile bis zum 3. Sept; führte die Staatsgeschäfte weiter bis zur Bestätigung Allendes durch den Kongreß am 24. Oktober 1970.
- Gerrity, Edward, J.: Vicepräsident sen. der ITT, verantwortlich für public relations.
- Hendrix, Hal: Direktor für public relations der ITT in Lateinamerika.
- Jerez, Alberto: Senator der Bewegung der Vereinigten Volksaktion (MAPU)
- Korry, Edward: Botschafter der USA in Chile.
- Matte Larrain, Arturo: Schwager Alessandris, leitete dessen Wahlkampagne; Präsidentschaftskandidat 1952; Kopf der Matte-Industriegruppe.
- Tomic, Radomiro: Präsidentschaftskandidat der Christlichen Demokraten (PDC).
- Schneider, René: Oberkommandierender der chilenischen Streitkräfte; wurde am 22. Oktober ermordet.
- Viaux, Roberto: Ex-General des Heeres; Hauptverantwortlicher für das Attentat auf Schneider.

#### Anmerkung der Redaktion:

- 1) Gemeint ist die militärische Intervention der USA, die 1965 Marineinfanterie entsandte um die Volkskräfte zu unterdrücken und die Militärregierung der Generale Barrera und Westin zu installieren.
- 2) Foggy Bottom = Weißes Haus
- 3) USIS = United States Information Service

# ARGENTINIEN

K.-H. FUCHS, P. HIEDL, C. STREUBEL:

## ZUR NEUEREN ENTWICKLUNG

Argentinien ist in den letzten Monaten erneut in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit gerückt. Die im April dieses Jahres in den Industriezentren Argentiniens und in den westargentiniischen Weinanbaugebieten um Mendoza ausgerufenen Streiks gegen die ständig steigenden Lebenshaltungskosten und die unsoziale Wirtschaftspolitik des Militärregimes sowie die verschärften Kampfkaktionen gegen Vertreter imperialistischer Firmen in Argentinien ließen im imperialistischen Ausland erneut Befürchtungen über eine Verschärfung der innenpolitischen Spannungen und Spekulationen über einen bevorstehenden Rechtsputsch aufkommen (FAZ, 8.4.72).

Das vorläufige Ergebnis der Klassenkämpfe - Rücknahme der Tariferhöhungen und eine 15%-ige Lohnerhöhung (FAZ, 3.5.72) - bestätigen die seit längerer Zeit deutlich gewordene ökonomische und politische Schwäche der Militärjunta, die sich einem seit Jahren an politischer und ideologischer Geschlossenheit zunehmenden Widerstand der argentinischen Arbeiterklasse und großer Teile des mit ihr verbündeten Kleinbürgertums, der Intelligenz, der Studenten, des katholischen Klerus und der Bauern gegenüber sieht.

Bereits in den letzten Jahren vor der Machtübernahme durch das Militär - am 28.6.1966 - hatten sich jene Veränderungen in den Klassenverhältnissen abgezeichnet, in deren Folge die traditionelle Spaltung innerhalb der Arbeiterklasse selbst und zwischen ihr und dem Kleinbürgertum in immer größerem Maße überwunden werden konnte.

Wachsende Teile der Arbeiterklasse entfernten sich von der peronistischen Ideologie der Klassenkollaboration und vertreten eine antiimperialistische und antioligarchische Politik. Auf der anderen Seite erkennen das in seiner materiellen Existenz gefährdete Kleinbürgertum, die Intelligenz, die Studenten und die Bauernschaft, daß unter den gegebenen Kräfteverhältnissen nur im Bündnis und unter der Führung der Arbeiterklasse dem ständig wachsenden Druck der in- und ausländischen Monopole Widerstand geleistet werden kann.

Gerade die gemeinsamen Streik- und Protestbewegungen aller dieser von der Rezession 1965/66 betroffenen Klassen und Schichten waren es, die es der liberalbürgerlichen Regierung Illia unmöglich machten, die Bedingungen einer weiteren imperialistischen Ausbeutung zu garantieren und die die herrschende Klasse zur Etablierung einer Militärdiktatur zwangen.

## GRUNDZÜGE DER ENTWICKLUNG DES ARGENTINISCHEN KAPITALISMUS

Die deformierte Struktur der argentinischen Volkswirtschaft macht diese in extremer Weise vom Zufluß ausländischen Kapitals und von der Finanzierung durch die einheimische Agraroligarchie abhängig. Die Gründe dafür lassen sich durch einen kurzen Abriss der Entstehungsgeschichte der argentinischen Industrie verdeutlichen.

In der ersten Phase der Industrialisierung entstand eine auf der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte basierende Industrie, deren bedeutendster, auf den Export ausgerichteter Teil sich auch heute noch in den Händen ausländischer Monopole befindet. Die den argentinischen Markt beliefernden Unternehmen werden dagegen vorwiegend von der argentinischen Monopolbourgeoisie beherrscht.

In der Folge der nach der Weltwirtschaftskrise eintretenden Veränderungen des Welthandels entstanden neue Industriezweige, deren Produktion auf die Ersetzung bisheriger Importgüter gerichtet war.

Allerdings stieß dieser verstärkte Industrialisierungsprozeß gegen Ende der 30-er Jahre an die Grenzen, die ihm durch die mangelhafte technische Infrastruktur (Energieversorgung, Verkehrs- und Nachrichtenwesen usw.) und das Fehlen einer eigenen Produktions- und Investitionsgüterindustrie gesetzt waren. Weder die durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ökonomisch geschwächte Oligarchie noch die neu entstandene industrielle Bourgeoisie waren willens bzw. in der Lage, den Industrialisierungsprozeß zu sichern.

Im Hintergrund stand als potentielle Bedrohung eine in den 30-er Jahren zahlenmäßig stark gewachsene Arbeiterklasse, die allerdings noch zum größten Teil in voneinander unabhängig agierenden Einzelgewerkschaften organisiert waren.

In dieser Situation ergriffen 1943 nationalistische Offiziere - unter ihnen Perón - mit einem Programm des Klassenfriedens und der eigenständigen nachholenden



den kapitalistischen Industrialisierung Argentiniens die Macht.

Mit ihrem Programm, in Ziel und Zweck auf die Entwicklung und Förderung einer nationalen, vom Auslandskapital unabhängigen Bourgeoisie abgestellt, versuchten sie - und nach seiner Wahl zum Präsidenten 1946 (56% der abgegebenen Stimmen) Peron - im Sinne des Gesamtkapitals zu fungieren: Einschränkung der Einzelkapitalien durch staatliche Reglementierung; Lösung vom ausländischen Kapital durch den Aufbau einer eigenen Produktions- und Investitionsgüterindustrie; eine Abschöpfung des landwirtschaftlichen Mehrprodukts durch staatliche Einrichtungen, ohne allerdings die bestehende Agrarstruktur grundsätzlich zu ändern.

Da die industrielle Bourgeoisie infolge ihrer allgemeinen relativen Schwäche als soziale Basis einer derartigen Entwicklung nicht genügte, blieb Peron nur der Versuch, neben dem Militär das Proletariat zum Träger einer nachholenden kapitalistischen Industrialisierung zu machen. Dies gelang zumindest bis 1949/50, als es die finanziellen Reserven Argentiniens erlaubten, auch die sozialen Lebensbedingungen des Proletariats zu verbessern. Die politische Bindung des Proletariats an den Staat erfolgte durch eine umfassende Organisation in einer syndikalistischen und vom Staatsapparat kontrollierten Einheitsgewerkschaft. Sozialistische und kommunistische Einzelgewerkschaften wurden verboten.<sup>1)</sup> Als die angesammelten Devisenvorräte verbraucht waren und darüberhinaus eine Abschöpfung des landwirtschaftlichen Mehrprodukts durch staatliche Einrichtungen aufgrund des Boykotts der Agraroligarchie nicht mehr möglich war, wurde der Klassencharakter dieses Versuchs einer nachholenden Industrialisierung deutlich. Die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der werktätigen Massen führte zu Ansätzen eigenständiger Aktionen des nunmehr organisierten Proletariats, auch gegen Peron selbst. Das Scheitern des peronistischen Industrialisierungskonzepts und die Gefahr, die vom organisierten Proletariat ausging, führten zum Sturz Perons durch die Militärs im Juni 1955. Peron flüchtete ins Exil nach Spanien.

In der weiteren Entwicklung wurden die Wege für ein vollständiges Durchdringen der argentinischen Volkswirtschaft durch das monopolistische Auslandskapital geebnet. Damit basierte die weitere Entwicklung der argentinischen Wirtschaft einerseits auf dem Auslandskapital, anderer-

seits auf der Finanzierung durch die Oligarchie.

Bei der Ausrichtung einer Politik auf die oben genannten Interessen wird jedoch gleichzeitig der ökonomische und politische Druck auf breite Teile der Bevölkerung verstärkt und die soziale Basis, die diese Politik unterstützt, vermindert sich, so daß die Grundlage eines breiten organisierten anti-imperialistischen Bündnisses geschaffen wird.

Die Sicherung optimaler Verwertungsbedingungen für das Auslandskapital macht es notwendig, die durch diese pro-imperialistische Politik hervorgerufenen sozialen Unruhen unter Kontrolle zu bringen.

Diese aufgezeigten Tendenzen bestimmen die Politik der Militärregierungen seit 1966.

#### DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK DES REGIMES ONGANIA

Dem Militärregime gelang es unter General Ongania seit 1966, durch administrativen Druck und militärischen Terror die von den imperialistischen Monopolen geforderten Verwertungsbedingungen wiederherzustellen.

Die erste Phase der proklamierten "argentinischen Revolution" war dabei von der sofortigen Unterdrückung aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte und Parteien gekennzeichnet. Mit mehr oder minder offener Unterstützung der regierungsfreundlichen peronistischen Gewerkschaftsführer wurden insbesondere die kooperationsunwilligen Gewerkschaftsführer und die Mitglieder der Kommunistischen Partei Argentiniens (KPA) verhaftet, die unter ihrem Einfluß stehenden Gewerkschaften aufgelöst und die gesamte Gewerkschaftsbewegung staatlicher Kontrolle unterstellt.

Mit der Schaffung der politischen Voraussetzungen erfolgte ab 1967 die ökonomische Ausrichtung des Landes nach den unmittelbaren Bedürfnissen der in- und ausländischen Monopole. Mit der Inkraftsetzung und Durchführung eines von den imperialistischen Währungs- und Kreditinstitutionen (International Monetary Fond, Weltbank usw.) diktierten "Stabilitätsprogramms" gelang es, die Lasten der ökonomischen Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. Durch Lohnstop, Massenentlassungen von Staatsbediensteten, einer 40%-igen Pesoabwertung und ähnlichen Maßnahmen gelang es dem Regime, die Inflationsraten von 25% zwischen 1960-1967 auf 9,8% 1968 und 6,7% 1969 einzuschränken, die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten zu sen-

ken und die Defizite des Staatshaushalts drastisch zu vermindern. Die imperialistischen Monopole und Finanzinstitute reagierten auf diese für sie günstige Entwicklung mit verstärktem Kapitalexport und Krediten für den Ausbau der argentinischen Infrastruktur. So betrug allein die registrierten jährlichen Kapitalexporte 1968 32 Mio Dollar und 1969 48,4 Mio Dollar, während sie von 1958-1966 angesichts der ungewissen politischen und ökonomischen Lage eine rückläufige Tendenz aufgewiesen hatten und 1966 mit 2,5 Mio Dollar ihren niedrigsten Stand erreichten.

Das Ergebnis war ein verstärkter Ausverkauf der argentinischen Volkswirtschaft an die imperialistischen Monopole. Eine 1969 durchgeführte Untersuchung kam zu dem Ergebnis, daß nur mehr 17 der 100 größten argentinischen Unternehmen sich nicht in ausländischem Besitz befanden.

Nicht zuletzt aufgrund des erneut nach Argentinien fließenden Kapitalexports - vorwiegend aus den USA (ca.55%), GB (8,1%) und der BRD (6,7%) - begannen die gesamten Anlageinvestitionen, die seit 1960 eine rückläufige Tendenz aufgewiesen hatten (1960-1965 - 1%), wieder zu steigen: 1967 um 4,6%, 1968 um 14,6% und 1969 um 14,8%. Der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten stieg von 65% zwischen 1961-1967 auf 72% 1968 und 75% 1969. Das ebenfalls seit 1967 wieder einsetzende gesamtwirtschaftliche Wachstum (1966 - 0,3%) von 1967 1,8%, 1968 4,8% und 1969 6,9% wurde dabei vorwiegend von der Expansion der sogenannten dynamischen Industriezweige Chemie, Petrochemie, Metallverarbeitung und Automobilbau sowie der öffentlichen Bautätigkeit getragen.

Auf eben diese expandierenden Zweige konzentrierte sich das Auslandskapital. Bereits von 1958-1965 flossen 32% desselben in die Industriezweige Chemie, 21% in die Automobilindustrie und 17% in die Walzstahlproduktion. Auch von den 1969 registrierten 48,3 Mio Dollar Auslandskapital wurden mit 34,5 Mio in die Chemie - und mit 7,7 Mio in die metallverarbeitende Industrie der Großteil in diese rasch expandierenden Zweige investiert.

Die Schaffung solcher, für die Expansion der imperialistischen Monopole günstigen Bedingungen konnte nur aufgrund der konsequenten Abwälzung der Lasten der Rezession 1965/66 auf die Werkstätigen Argentiniens erfolgen. Dies geschah hauptsächlich durch den Abbau sozialer Leistungen, der Durchsetzung eines Lohnstops und auf

Kosten hoher Arbeitslosigkeit.

Bei einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 4,5 - 5% - wobei die Arbeitslosenquoten in den Industriezentren des Landesinneren weit höher lagen: Rosario 5,5%, Cordoba 6%, Tucuman 12,8% - sanken die Reallöhne der Industriearbeiter zwischen 1967-68 um 4,6%, die der Angestellten um 4,8%. Das Rentenalter wurde angehoben und das Gesetz über den garantierten Mindestlohn annulliert. Gleichzeitig stieg der Lebenshaltungsindex von 374,3 1966 auf 606,7 1969 (1960 = 100). Die extrem ungleiche Einkommensverteilung wurde dadurch weiter vertieft: 20% der Einkommensbezieher erhalten über 53%, 60% der Einkommensbezieher nur knapp 30% des Gesamteinkommens.

#### ENTWICKLUNG UND PERSPEKTIVE DER KLASSENKÄMPFE

Auf dem Hintergrund dieser sich verschlechternden Lebensbedingungen, von denen nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch das Kleinbürgertum, die Bauern und die Klein- und Mittelbourgeoisie<sup>2)</sup> betroffen wurden, müssen die seit 1967/68 zu beobachtenden Versuche der Schaffung einer Aktionseinheit der Arbeiterklasse und einer breiten Front demokratischer und anti-imperialistischer Kräfte gesehen werden.

Beide Prozesse, Bildung der Aktionseinheit und Schaffung einer Volksfront, verlaufen dabei nicht geradlinig und nicht ohne Rückschläge. Der auch heute noch wirksame Widerstand der peronistischen Führer, die weiterhin eine Politik des Klassenfriedens betreiben, gegen die Aktionseinheit und die vielfältigen Versuche der herrschenden Klasse, Keile zwischen die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum zu treiben, dürfen in ihrer Wirksamkeit nicht unterschätzt werden.

So gelang es der herrschenden Klasse nach der Installierung der Militärdiktatur mit Hilfe der kollaborationswilligen peronistischen Gewerkschaftsführer, Illusionen über den Klassencharakter des neuen Regimes zu verbreiten und den Widerstand der Arbeiterklasse für eine Zeitlang zu lähmen.

Aber bereits zu Beginn des Jahres 1967 wurde die CGT-Führung zur Annahme eines gegen das Regime gerichteten Aktionsprogramms gezwungen. Die während der Durchführung des Programms einer großen Zahl der Werkstätigen deutlich gewordene Kooperationsbereitschaft der CGT-Führer mit der verhassten Diktatur führte 1968 zu ihrer

Abwahl aus der CGT-Führung und zur Bildung einer neuen, von linksperonistischen,<sup>3)</sup> kommunistischen und unabhängigen Gewerkschaften getragenen Zentrale. Diese verschärfte in der Folge den Kampf gegen das Regime und rief zur "Schaffung einer breiten nationalen patriotischen Widerstandsfrent gegen die Diktatur" auf.

Den abgewählten Führern gelang es einen Monat später mit der Unterstützung des Regimes, die Gewerkschaftsbewegung zu spalten und eine kollaboristische Parallel-CGT zu konstituieren. Obwohl sie, insbesondere in den Industriezentren des Landesinneren, seither stark an Einfluß verlor, gelang es ihr wiederholt - am deutlichsten während der Volkserhebung in Cordoba -, die dauerhafte landesweite Verwirklichung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und die Bildung einer Front aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte zu hintertreiben.

In diesen im Mai 1969 in Cordoba von Studentendemonstrationen ausgelösten Unruhen, gelang es zum ersten Mal, eine, wenn auch lokal begrenzte, einheitliche Front aller demokratischen und antiimperialistischen Kräfte herzustellen. Die seit 1968 gespaltenen örtlichen CGT-Zentralen vereinigten sich und organisierten den über Wochen von Arbeitern, Angestellten, Studenten,<sup>4)</sup> Professoren, Priestern,<sup>5)</sup> Geschäftsleuten, Hausfrauen und Kleinunternehmern usw. getragenen Kampf für die Abschaffung der Militärdiktatur und die Schaffung eines demokratischen Argentiniens. Ein von beiden nationalen CGT-Zentralen ausgerufenen Generalstreik wurde mit "fast hundertprozentiger Beteiligung" (FR, 2.6.69) im ganzen Land befolgt. Nur aufgrund des Widerstandes der regierungsfreundlichen CGT-Führer gegen eine Fortführung des Kampfes und der politischen Konzeptionslosigkeit der Linkspersonisten, die sich scheuten, die organisatorischen Schritte zur Bildung einer Volksfront in ganz Argentinien zu vollziehen, konnte sich die völlig isolierte Militärdiktatur nach einigen Tagen von den Schlägen der Volksmassen erholen und die Lage durch brutalen Terror wieder unter ihre Kontrolle bringen.<sup>6)</sup>

Während die offen pro-imperialistische Politik Onganias zwar zu einer ökonomischen Stabilisierung Argentiniens im Sinne der in- und ausländischen Monopole führte, verschärfte sich jedoch die Polarisierung zwischen den Monopolen und den nichtmonopolistischen Schichten und Klassen, die in dem schon oben aufgezeigten Widerstand ge-

gen das bestehende System zum Ausdruck kam.

Das Versagen der Regierung Ongania bei der Eindämmung dieses Widerstandes war die Hauptursache, die zur Errichtung eines neuen Militärregimes unter General Levingston führte. Die bis zur Ablösung Levingstons durch Lanusse im März 1971 betriebene Politik beinhaltete daher bestimmte Konzessionen an die Werktätigen und das Kleinbürgertum. Die von den internationalen imperialistischen Kreditinstitutionen geforderte "Stabilitätspolitik", die unter anderem eine Bekämpfung der Inflation durch Lohnstopp, eine Verminderung des Budget-Defizits durch Massenentlassung und den Ausverkauf argentinischer Unternehmen an das Auslandskapital vorgesehen hatte, wurde eingeschränkt. Der Entfaltung des Auslandskapitals wurden gewisse Grenzen gesetzt, so u.a. die Registrierungspflicht ausländischer Investitionen, Devisenkontrolle bzw. Beschränkung des Profittransfers. Aber infolge ihres halbherzigen Charakters konnten die Maßnahmen des Regimes die Lebensverhältnisse des Volkes nicht verbessern:

1970 stiegen die Preise um 20 bis 21,7% gegenüber dem Vorjahr an, 1971 um 40 bis 55%. Die Löhne blieben 1971 um 29% hinter den Preisen zurück; allein die Tarife für öffentliche Dienstleistungen und Mieten stiegen um 200%. Die Arbeitslosigkeit erhöhte sich auf 7% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.

Diese Verschlechterung der materiellen Lage der Werktätigen führte zu verschärften Klassenkämpfen und stellte das System erneut in Frage. Bereits im Sommer 1970 verabschiedete die CGT-Führung unter dem Druck der gewerkschaftlichen Basis ein Kampfprogramm mit ökonomischen und politischen Forderungen. Im Rahmen dieses Programms traten im Oktober 1970 4 Mio. Werktätige (77% aller Werktätigen) in einen 24-stündigen Generalstreik, um die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Freilassung politischer Gefangener zu erzwingen. Die zweite Etappe des Kampfprogrammes bildete ein 10-stündiger Generalstreik im Oktober 1970 mit der Forderung nach allgemeiner Lohnerrhöhung und größerer sozialer Sicherheit. Trotz des Streikverbots und des Einsatzes schwerbewaffneter Polizei kam es am 12.-13.11.1970 zur dritten Etappe, einem 36-stündigen Generalstreik, der im ganzen Land von 10 Mio. Menschen, d.h. 80% aller Beschäftigten, befolgt wurde. Parallel dazu traten große Teile der argentinischen Lehrer (200 000) 11

in einen Streik für bessere Arbeitsbedingungen und Demokratisierung des Bildungswesens.

Fortgesetzt wurde diese Welle der Unruhen durch Streiks der FIAT-Arbeiter in Cordoba in den ersten drei Monaten des Jahres 1971, dem sich im Verlauf dieser Aktionen Arbeiter und Studenten in Santa Fé, Rosario, La Plata und Salta anschlossen. Aktueller Anlaß für den Beginn dieser Streikwelle war die Entlassung von 7 Gewerkschaftsfunktionären, deren Wiedereinstellung erkämpft wurde. (Asien, Afrika, Lateinamerika. Bilanz, Berichte, Chronik. Leipzig 1968-1971).

Auf diese anhaltenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen sowie auf die Profitbeschränkungen durch die Regierung Levingston reagierten die ausländischen Monopole und die argentinische Oligarchie mit Einschränkung ihrer Re- und Neuinvestitionen. Gleichzeitig begann die größte Kapitalflucht in der Geschichte Argentiniens: 1971 allein 1 Mia Dollar. Die mangelhafte Investitionstätigkeit bewirkte einen Rückgang der Exporte, so daß die Außenhandelsbilanz negativ wurde: Januar bis November 1971 - 144,2 Mio Dollar, gegenüber einem plus von 103,5 Mio Dollar im Vorjahr (Deutsche Überseebank, Bericht vom März 1972).

Auch die Umgruppierung innerhalb des Militärs durch die Machtübernahme General Lanusse brachte keine Änderung der bestehenden Situation. Weder gelang es, die Inflation einzudämmen, noch ein verstärktes Wirtschaftswachstum herbeizuführen. Die Lebenshaltungskosten stiegen im ersten Quartal 1972 weiter um 20,9% an; Anstieg des Bruttoinlandsprodukts: 1971 + 3,8% gegenüber 1970 + 4,1% und 1969 + 7,9% (Deutsche Überseebank, Bericht vom Januar 1972).

Auf dem Hintergrund der sich verschärfenden ökonomischen Krise und der durch die Verschlechterung der Lage des Volkes bedingten Klassenauseinandersetzungen entschloß sich die Militärjunta, durch Ankündigung freier Wahlen unter Einschluß der KPA und der peronistischen Partei für März 1973 zur parlamentarischen Demokratie zurückzukehren. Sie unternimmt damit den riskanten Versuch, die oppositionellen Kräfte zu beruhigen. Die Gefahr eines erneuten rechten Militärputsches, besonders wenn dieser Integrationsversuch mißlingt, bleibt weiterhin bestehen (s. Putschversuch im Oktober 1971).

Mit Hilfe der peronistischen Ideologie des sogenannten "Dritten Wegs" (weder kapitalistisch noch sozialistisch) und reaktionärer Kreise der Radikalen Partei<sup>7)</sup>

wird versucht, Teile aus der oppositionellen Bewegung herauszulösen, Illusionen über die Möglichkeiten grundlegender Veränderungen innerhalb des bestehenden Systems zu erzielen und die mögliche Gefahr einer revolutionären Umwälzung abzuwenden. Bisher ist dieser Versuch weitgehend gescheitert. Doch darf bei der Einschätzung des Bewußtseinsstandes des argentinischen Proletariats nicht vergessen werden, daß es sich von reformistischen Einflüssen noch nicht ganz befreit hat.

Die peronistischen Führer, allen voran Peron selbst, unterstützen die von Lanusse betriebene Politik des "großen nationalen Einvernehmens". Diese Strategie gründet auf der immer noch vorhandenen Anhängerschaft Perons. In Erinnerung der Worte Perons, daß der Peronismus die einzig hemmende Kraft auf dem Weg zum Kommunismus sei, sieht Lanusse in diesem wahltaktischen Manöver die im Moment beste Lösung, eine weitere Verschärfung der Klassenkämpfe zu verhindern. Wenn die Militärjunta von repräsentativen Kräften spricht, die die zu wählende Regierung tragen sollen, so sind dies die rechten Peronisten und die UCRP (Union de Civica Radical del Pueblo = bürgerlich radikale Union des Volkes). Diese stehen im Einvernehmen mit der Diktatur und sollen mit Hilfe der Wahlen die Aufrechterhaltung des Systems und den Einfluß der imperialistischen Monopole, speziell den der US-amerikanischen, sichern.

Aber es muß bezweifelt werden, ob eine Regierung "an der langen Leine" der Oligarchie und der Monopole tatsächlich eine Stabilisierung der ökonomischen und sozialen Lage Argentiniens herbeiführen könnte, ohne sich mit den unbedingt erforderlichen Reformen und Zugeständnissen in dieser "langen Leine" zu verstricken, so wie bei den parlamentarischen Versuchen bis 1966. Gerade die Aufstände seit 1969 zeigen, daß sich die punktuell entstehenden Aktionsbündnisse zwischen den Mittelschichten und Teilen der Arbeiterklasse und ihrer Orientierung auf ein anti-imperialistisches Bündnis unter Führung der linken Gewerkschaften, Linksperonisten und Kommunisten als mögliche Form einer Volksfront herausbilden. Die Stoßrichtung dieser Front hin auf eine revolutionäre Demokratie als Zwischenschritt zur Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten und die Zurückdrängung der Herrschaft des Imperialismus und der Oligarchie ist nicht mehr mit dem sich ab-

zeichnenden Versuch der herrschenden Klasse vereinbar, erneut Teile der Zwischenschichten und der Arbeiterklasse zu integrieren. Eine bedeutende Funktion haben auf diesem Weg die Bewegung der Gewerkschaftlichen Einheit und Zusammenarbeit (Movimiento de Unidad y Coordinacion Sindical-MUCS), die Bewegung "Nationales Treffen der Argentinier" (Encuentro Nacional de los Argentinos - ENA), der Bewegung zum Schutz des nationalen Eigentums (Movimiento de Defensa del Patrimonio Nacional - MODEPENNA) und anderer Bündnisorganisationen. Die Kommunistische Partei Argentiniens (KPA)<sup>B</sup> knüpft mit ihren Forderungen, die die Plattform für gemeinsame Bündnisse bilden, an den durch gemeinsame Kämpfe erreichten Bewußtseinsstand großer Teile der Bevölkerung an, ist als Alternative zu den Regierungsplänen gedacht und soll zur Niederlage der integrationistischen Flügel innerhalb der Radikalen und Perónistischen Partei beitragen. Sie beinhalten: Die Errichtung voller demokratischer Rechte und Freiheiten für das Volk, einschließlich der Abschaffung der Gesetze und Dekrete, die diese Rechte einschränken, und Einhaltung der geltenden Verfassung, bis eine neue vom Volk in freier demokratischer Abstimmung gewählte Regierung entsprechende Beschlüsse fassen wird. Dies wird von der KPA als Minimalprogramm verstanden.

#### Anmerkungen:

- 1) Gemeint ist hier die Allgemeine Konföderation der Arbeit (Confederación General del Trabajo-CGT). Dieser Dachverband wurde 1930 gegründet. 1942 erfolgte eine Spaltung der CGT in CGT 1, die die gemäßigeren Gewerkschaften unter Führung der Eisenbahner umfaßte und in CGT 2. Die CGT 2 schloß den von den Kommunisten beeinflussten Flügel der CGT (vor allem Textil- und Bauarbeiter) ein. Die Ursache für die Spaltung war die Auseinandersetzung über die reformistische Politik der Gewerkschaftsführer. Die CGT 2 wurde von Perón verboten und große Teile der nichtorganisierten Arbeiter in die neugeschaffene CGT integriert: Die CGT hatte vor der Spaltung 250 000 Mitglieder. 1955 waren es schon 5 Mio Arbeiter.
- 2) Unter Klein- und Mittelbourgeoisie sollen hier Besitzer von größeren Handwerks- und industriellen Zuliefererbetrieben verstanden werden.
- 3) Linkspéronisten bzw. revolutionäre Perónisten machen die Teile der perónistischen Bewegung aus, die sich von dem ursprünglich integrationistischen Kurs der Perónistischen Partei gelöst haben und den Dialog mit den Marxisten suchen. Sie wollen sich von den Einflüssen der reaktionären Teile der Bourgeoisie lösen, deren Einfluß besonders stark auf die perónistischen Führer ist.

- 4) Beteiligt an dem Generalstreik waren alle drei Studentenorganisationen: Die Nationale Studentenunion (UNE) repräsentiert die progressiven Elemente der Katholiken und ist revolutionär-perónistisch. Die Argentinische Universitätsföderation (FUA) ist marxistisch orientiert. Diese Organisation hat ungefähr die gleiche Stärke wie die UNE und ist in Buenos Aires am stärksten vertreten. Die dritte Organisation, die Nationale Studentenfront (FEN) besteht aus mehreren Fraktionen der perónistischen Bewegung; sie erlangt keine so große Bedeutung.
- 5) Diese Priester gehören zur "Bewegung der Geistlichen der Dritten Welt", deren Repräsentanten im Mai 1969 die arbeiterfeindliche Politik der Militärdiktatur General Onganias und die autoritären Regierungsmethoden der eigenen Hierarchie anprangerten.
- 6) Die Ermordung des rechtsperónistischen Führers Vador, der nach dem Blutbad von Cordoba seine Bereitschaft gezeigt hatte, mit dem Regime zusammenzuarbeiten, diente dem Regime als Anlaß zur Ausrufung des Ausnahmezustandes und zur Verhaftung der Führer der CGT de los Argentinos (= linkspéronistische CGT).
- 7) 1892 wurde diese Partei gegründet, ursprünglich, um die politischen Interessen des Kleinbürgertums gegen die Oligarchie durchzusetzen. Die Radikale Partei war jedoch nicht in der Lage, eine von der Oligarchie und dem Auslandskapital unabhängige Politik zu treiben.
- 8) "Die Kommunistische Partei Argentiniens hat im vergangenen Jahr ihren Einfluß unter den Werktätigen des zweitgrößten Landes Südamerikas wesentlich erhöht und ihre Massenbasis erweitert. In einem Aufgebot zu Ehren des ehemaligen Vorsitzenden und Mitbegründers der Partei, Victorio Codovilla, bat 15 050 Werktätige um Aufnahme in die KP Argentiniens. Der kommunistische Jugendverband FJC hat 7 300 neue Mitglieder in seinen Reihen. Jetzt gelte es, neue Mitglieder unter den Landarbeitern und Bauern zu gewinnen." (Neues Deutschland vom 14.4.1972)

Oberfläche	2,777 Mio km <sup>2</sup>
Bevölkerung	24 Mio
Städt. Bev.	75%
Bev.wachstum	1,5% jährlich
Lebenserwartung	65 Jahre
Alphabetenrate	91%
Erwerbstätige	7 425 Mio

#### Beitrag zum Bruttoinlandprodukt, nach Sektoren (1969) (in Prozent)

Landwirtschaft	15,2%
Industrie	35,4%
Bauwirtschaft	4,6%
Güterproduktion	= 55,2%
Elektrizität, Gas, Wasser	2,2%
Transport, Kommunikation	7,4%
Grunddienstleistungen	= 9,6%
Handel und Finanz	19,0%
Staat	6,1%
Versch.Dienstleistungen	8,6%
andere Dienstleistungen	= 33,7%
	=====
	100 %

Benutzt wurde u.a. folgende Literatur:

- 1) Laclan, Ernesto; Argentina - Imperialist Strategy and the May Crisis in: New Left Review, Nr.62, 1970
- 2) Alvarez, A.J; Argentinien an der Schwelle historischer Kämpfe, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr.1(1972) Jg.15
- 3) United Nations: Economic Survey of Latin America, New York 1968-1970
- 4) Minker, M; Bohrisch, A.: Investitionsklima und Auslandskapital in Argentinien, Hamburg 1970
- 5) Asien, Afrika, Lateinamerika; Bilanz, Berichte, Chronik Berlin 1964-71

# NAMIBIA

Mit dem Manifest der Jugend der südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) bringen wir ein weiteres Dokument dieser afrikanischen Befreiungsbewegung (vgl. auch AIB Nr 4/1971 u. 3/1972). In AIB Nr.4/72 sollte der Appell der Internationalen Vorbereitungskonferenz über Namibia auf die vom 26.-28.Mai in Brüssel stattfindende "Internationale Namibia-Konferenz" hinweisen. In den kommenden Heften werden wir weitere Dokumente der SWAPO sowie die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz abdrucken.

## MANIFEST DER SWAPO-JUGEND AN DAS VOLK VON NAMIBIA

[...]

Die SWAPO hat mit besonderer Sorgfalt die Meldung aus Pretoria über den "Volksentscheid" studiert und ist zu der Überzeugung gelangt, daß, wenn Südafrika nur auf dem Wege des Volksentscheides unser Land verlassen kann, wir diesen Volksentscheid durchführen sollten!

Uns ist es gleich, auf welchem Weg Südafrika das Land verläßt, aber wir fordern, daß es auf jedem nur möglichen Weg sofort das Land räumt. Deshalb haben wir in unserer Erklärung vom Januar 1971 gesagt, daß ein Volksentscheid nur dann echt wäre, wenn die folgenden sechs Grundsätze verwirklicht würden:

1. Ein allgemeines Klima von Friede, Harmonie und freier politischer Betätigung muß sich im ganzen Land ausbreiten, um die Teilnahme aller Namibier, ungeachtet der Rasse, des Glaubens oder der Hautfarbe, am Volksentscheid zu garantieren.
2. In Anbetracht der Tatsache, daß Namibia zur Zeit von Südafrika militärisch besetzt ist, kann ein ehrlicher Volksentscheid nur durchgeführt werden, wenn alle südafrikanischen Truppen und Poli-

zeikräfte von namibischem Territorium abgezogen werden.

3. Bedingungslose Freilassung aller namibischen politischen Gefangenen, sowohl derjenigen, die zur Zeit in Südafrika inhaftiert sind, als auch jener, die jetzt in Namibia festgehalten werden.
4. Die Rückkehr aller Namibier in ihr Land, die zur Zeit im Exil leben, ohne daß sie durch Arrest, Haft, Einschüchterung oder Gefangennahme bedroht werden.
5. Die Auflösung aller Bantustans, die darauf abzielen, das Volk auf ethnischer Basis zu teilen. Der Volksentscheid soll nach dem Prinzip: ein Mann - eine Stimme, durchgeführt werden.
6. Dieser Volksentscheid muß unter der Aufsicht der UNO und der Organisation für Afrikanische Einheit durchgeführt werden.

In der gesamten Geschichte des Freiheitskampfes hat es noch nie eine so weitgehende Konzession von seiten einer politischen Bewegung gegeben. Die SWAPO hat diese Konzession gemacht. Wir haben die Gesamtsituation geprüft und können nun sagen: wenn die Herren in Pretoria wirklich eine Lösung wollen, dann liegt sie ganz bei ihnen! [...]

In unserem patriotischen Kampf stehen wir nicht allein. Auf unserer Seite sind die Völker des freien Afrika, Asien und Lateinamerika. Wir haben die Unterstützung des sozialistischen Lagers und der fortschrittlichen Kräfte in den kapitalistischen Ländern Europas und Nordamerikas.

Unsere unmittelbaren Verbündeten sind die Millionen heldenhafter Männer und Frauen in Angola, Zimbabwe, Südafrika, Mozambique, Guinea-Bissau, Vietnam, Laos, Palästina, Kambodscha, die mit der Waffe in der Hand den Imperialismus besiegen, vor allem aber den US-Imperialismus. Sie sind unsere unmittelbaren Verbündeten, und dafür, was sie an ihrer Front tun, um unseren gemeinsamen Feind, den Imperialismus, zu vernichten, haben sie unsere Solidarität und unseren Dank!

Wir sind ein unterdrücktes Volk, und als Unterdrückte müssen wir uns dem weltweiten Kampf anschließen gegen jede Ungerechtigkeit, die gegen irgendein Volk und irgend eine Nation in der Welt verübt wird. [...]

Der Kampf, den wir führen, ist der Kampf der Namibier; wir haben festgestellt, daß unsere Freiheit nur auf der Grundlage von drei Prinzipien, drei goldenen Regeln, errungen werden kann: durch Selbstaufopfe-

zung, Selbstverteidigung, Selbstbestimmung. Eine Frage ist bis jetzt noch nicht beantwortet worden: Wer wird kämpfen? Wie kann der Kampf organisiert werden?

#### WER WIRD KÄMPFEN?

Unser Kampf, ob bewaffnet oder in welcher Form auch immer, muß von dem Volk Namibias selbst auf dem Land und in der Stadt geführt werden.

#### WIE KANN DER KAMPF ORGANISIERT WERDEN?

Um die Revolution erfolgreich durchzuführen, muß die gesamte Bevölkerung im ganzen Land auf einer revolutionären Grundlage organisiert werden. Unsere Situation erfordert es, daß wir zunächst die Bevölkerung auf dem Land - in den Reservaten und auf den Farmen der Europäer - in eine gewaltige revolutionäre Festung verwandeln. Diese Front muß folgende Aufgaben lösen:

1. die Guerillakämpfer zu schützen und sie zu verstecken;
2. ihnen Informationen über die Bewegungen des Feinds und seine Spione zu beschaffen;
3. sich selbst und die unmittelbaren Nachbarn militärisch auszubilden, um das südafrikanische Kolonialregime in Namibia bekämpfen und besiegen zu können;
4. jede Zusammenarbeit mit den Feudalhäuptlingen abzulehnen, vor allem in den Bantustans;
5. Sabotageakte gegen jegliches Eigentum und alle Pläne des Feindes zu verüben; die Unterwerfung unter den Weißen Mann und seine Galtherrschaft in Namibia zu beenden.

Zweitens müssen unsere Leute in den Städten, in den Siedlungen und Lagern mit beweglichem Standort, wie bei Eisenbahn- und Straßenarbeiten, eine besondere Aufgabe für unser nationales Anliegen erfüllen.

Städte sind Zentren des Kolonialismus. Deshalb müssen sie eine führende Rolle in unserem Kampf spielen.

Unsere Strategie muß nicht nur auf das flache Land, sondern auch auf die Städte ausgerichtet sein, darauf, jeden Teil jeder Stadt zu einer revolutionären Festung zu machen. Hier ist eine Anleitung für die Bewohner der Städte:

1. Beschafft den Guerillas und Untergrundkämpfern Informationen über Feindbewegungen bei Truppen und Polizei sowie über feindliche Agenten.
2. Entlarvt alle Agenten der Buren und isoliert sie in jeder Hinsicht. Die Ausschaltung von Verrätern an unserer

Sache ist nationale Pflicht jedes Namibiers.

3. Kundschaftet die Büros und Häuser eurer "Herren" während der Arbeit aus. Merkt euch die Lage und die Einrichtung, damit ihr folgende Kontrollfragen beantworten könnt:
  - a) Wo arbeitet dein Herr?
  - b) Hat er Waffen im Haus oder in seinem Büro?
  - c) Spricht er mit anderen Weißen oder mit Dir über "Terroristen"? Wenn ja - welchen Standpunkt nimmt er ein?
  - d) Trinkt Dein Herr Alkohol? Wenn ja, wie ist er hinterher?
  - e) Geht er zum Schießen? Wenn ja, wohin und mit wem?
  - f) Wie lang bleibt er fort?
  - g) Bist du Koch, oder machst du deinem Herrn Tee?
  - h) Kommst du leicht an die Hausschlüssel heran?
  - i) Bist du Vorarbeiter? Wenn ja, hast du Zugang zur Fabrik oder den Lagerräumen?
  - j) Wie reden deine Kollegen über die SWAPO und die "Terroristen"?
  - k) Weißt du etwas über Truppenbewegungen? Wenn ja, wie sehen sie aus?
  - l) Du müßtest in der Lage sein, solche Fragen zu beantworten.
4. Die Stadtbewohner können dadurch helfen, daß sie Geld und Lebensmittel für die Befreiungskämpfer sammeln. Dann braucht der Kampf nicht aufzuhören, nur weil Leute ihre Stellungen aufgeben müssen, wenn ihnen Lebensmittel und Kleider ausgehen.
5. Die aufgeklärten Stadtbewohner können am besten und schnellsten Informationen verarbeiten. Sie können eine SWAPO-Untergrundzeitung herausgeben, um andere zu informieren, die Bevölkerung zu mobilisieren und über den Kampf und die Politik der SWAPO aufzuklären.

Liebe Landsleute!

Einige von euch wundern sich vielleicht, warum wir die sogenannte politische Lösung auf der Grundlage der Volksabstimmung angenommen haben und doch zur gleichen Zeit den Kampf im ganzen Land verstärken und den bewaffneten Kampf vorbereiten.

Die Geschichte hat gezeigt, daß eine Befreiungsbewegung keine militärische Bewegung ist. Auch wenn eine solche Bewegung in die Berge geht, um den bewaffneten Kampf zu führen, bleibt sie doch eine politische Bewegung, denn sie löst den Konflikt in der Form, wie er in Erscheinung

tritt. Unser politisches Programm kann nur dann verwirklicht werden, wenn wir die Gesetze des Handelns der jeweiligen Situation entsprechend beachten.

Wir wissen, daß die südafrikanischen Buren und ihre Freunde im Ausland wollen, daß wir zu ihren Bedingungen an die Wahlurne gehen. Wir sollen uns beweisen, daß wir wirklich "gute Jungen" sind, und keine "Kommunisten" oder "Terroristen".

Landsleute, in jeder Lage müssen wir zu unseren Prinzipien stehen. Uns kann man nichts vormachen, auch wenn uns der Feind jeden Tag der psychologischen Gehirnwäsche aussetzt. In unserem ehrenvollen Kampf für die nationale Befreiung haben wir gemeinsame Aufgaben gegenüber unserer Bevölkerung zu lösen, gegenüber den Arbeitern und Bauern, der Intelligenz, der Jugend, Studenten und den Führern der Religionsgemeinschaften.

#### DIE ARBEITER

Der namibische Arbeiter (auf einer europäischen Farm oder in der Stadt) kennt die direkte und die indirekte Unterdrückung durch die Weißen, sei es auf den Farmen oder im industriellen Bereich, sehr genau. Für ihn ist Ausbeutung etwas, was er alltäglich erleidet, indem er seine Arbeit an die kapitalistischen Unternehmer verkauft. Er ist immer mit Lohnproblemen konfrontiert; der Lohn ist schlecht und gering, er reicht nicht aus, um ihn, seine Familie und seine Verwandten zu ernähren. Er leidet unter einem Minderwertigkeitskomplex, den die Apartheids-Politik verursacht hat; und die Schilder an der Bank, am Postamt oder anderen öffentlichen Einrichtungen mit der Aufschrift "Nur für Weiße" erinnern ihn jedesmal daran, daß sich das ändern muß. Er braucht eine Veränderung, um seine Lebensbedingungen zu verbessern (dafür arbeitet er) und er braucht sie, um zu einer wirklichen Entwicklung zu gelangen.

Auch politisch ist der namibische Arbeiter unterdrückt, und die Organisation (SWAPO), die gegründet wurde, um seine Rechte wahrzunehmen und ihn von den kolonialen Ungerechtigkeiten zu befreien, wurde verboten. Ihre Führer wurden entweder gezwungen, ins Exil zu gehen oder sie wurden in faschistische Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen.

In einer revolutionären Situation ist sich der namibische Arbeiter seiner Existenz bewußt, er stellt eine Macht dar, die, wenn sie richtig eingesetzt wird, das

Burenregime in unserem Land zersetzen und stürzen könnte.

Die SWAPO, die der Führer und Organisator des Volkes von Namibia ist, vertraut auf den namibischen Arbeiter (in Stadt und Land), der der erfahrenste Revolutionär und das Rückgrat unseres Kampfes ist. Der namibische Arbeiter ist fähig, durch Organisation eines Streiks, durch die völlige Sabotage des Eigentums des Feindes (Straßen, Brücken und Eisenbahnlinien eingeschlossen) das Wachstum der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaft in unserem Land zu stoppen, und er kann sich weigern, mit dem gegenwärtigen politischen und sozialen System in unserem Land zusammenzuarbeiten, bis die Freiheit gewonnen ist.

Die SWAPO ist vom namibischen Arbeiter abhängig, weil er das Aktionszentrum in unserem Kampf ist.

#### DIE BAUERN

Die namibischen Bauern, von denen 85-90 % in den Reservaten leben, aber auch jene, die ständig auf den europäischen Farmen arbeiten, haben den Vorteil, daß sie sich im Land auskennen. Sie kennen die Straßen, Pfade, Bäume, Ströme und Wasserläufe. Sie haben ihre eigenen Methoden zu erfahren, was dort vor sich geht, sie haben ihr eigenes Nachrichtennetz, das rascher funktioniert, als die gegenwärtig verwendeten technischen Systeme. In der derzeitigen Guerilla-Kampagne, die von der SWAPO geführt wird, spielt der Bauer eine wichtige Rolle bei der Kontaktherstellung mit den Guerillas, denen er Nahrung, Schutz und wichtige Informationen über den Feind gibt.

Aber wegen ihrer Rückständigkeit und wegen ihrer mangelnden Bildung sind die Bauern selbst nicht gut organisiert. Sie sind abhängig von der Führung ihrer Landsleute und Verbündeten - von den Arbeitern in der Stadt und der fortschrittlichen Intelligenz innerhalb der SWAPO, die ihre Verbündeten im Kampf sind.

Während die SWAPO soweit mit dem Engagement der namibischen Bauern zufrieden ist, muß noch viel für ihre wirkliche Organisation auf eine zukünftige revolutionäre Aufgabe hin getan werden.

Die Bauern sind eine Macht, mit der der Feind rechnen muß, wenn sie gut organisiert und unter der Führung der Werktätigen in den industriellen Zentren geeinigt sind.

#### DIE INTELLIGENZ

Namibia ist ein Land, in dem der Be-



griff 'Intelligenz' selten gebraucht wird. Das liegt an dem mangelhaften Bildungssystem, und erst Bildung führt zum Entstehen einer 'Intelligenz'. [...]

Die Intelligenz, zusammengesetzt aus Lehrern, Angestellten, Dolmetschern und Krankenschwestern, bildet nur einen unwesentlichen Teil unserer Bevölkerung. Aber diese kleine soziale Gruppe oder Schicht stellt zusammen mit den Werktätigen in den Städten eine aufgeklärte Vorhut unseres Widerstandes dar. Sie kämpft gegen soziale Ungerechtigkeit, Erniedrigung und gegen die Unmenschlichkeiten der wahnsinnigen Apartheidspolitik und des Kolonialismus in unserem Land.

Durch ihren täglichen Kontakt mit den Werktätigen und den bäuerlichen Massen ist die Intelligenz von Namibia, was die Beobachtung von Rassismus und Kolonialismus angeht, am besten informiert und auf dem laufenden. In den Schulen lehren Mitglieder dieser Schicht eine Philosophie des Rassismus und der Apartheid und lesen entsprechende Bücher; in den Krankenhäusern behandeln sie Patienten, die entweder von der Polizei oder von ihren grausamen Arbeitgebern zusammengeschlagen wurden; vor Gericht, in Behörden oder in den Betrieben erklären sie, wer "schuldig" ist, weil er keinen Ausweis hatte, der ihm erlaubte, nachts durch die Stadt der Europäer zu gehen.

Der Informationsaustausch und die Kommunikation zwischen Intelligenz und Volk ist weitgespannt und sehr gut. Der Einfluß der namibischen Intelligenz ist ebenfalls sehr groß.

In unserem patriotischen Kampf schenkt die SWAPO der Organisierung und Revolutionierung dieser Gruppe oder dieser sozialen Schicht in unserem Volk, der modernsten und informiertesten Schicht in Namibia, viel Beachtung. Wenn sie gut organisiert und mit den Werktätigen und der bäuerlichen Bevölkerung vereinigt ist, kann diese Schicht eine bedeutsame Rolle im Kampf für die Beseitigung von Apartheid und Kolonialismus in unserem Land spielen.

#### DIE JUGEND UND DIE STUDENTEN

Die Jugend und die Studenten sind die mutigste und furchtloseste Altersgruppe innerhalb unseres Volkes. Dadurch, daß sich diese Gruppe aus Menschen zusammensetzt, die kein Eigentum und keine Familie haben, für die sie derzeit sorgen müssen, und die selbst keiner bestimmten Klasse angehören, steht sie unmittelbar, besonders in den Städten, an der vorder-

sten Front des Kampfes. Die Jugend ist bereit, den Rassismus und seine kolonialistischen und kapitalistischen Institutionen anzugreifen, zu provozieren und herauszufordern.

Wenn ein junger Namibier nicht für eine bessere Bildung kämpft, dann steht er am Arbeitsplatz im Kampf gegen die Bosse, Aufseher und selbst gegen die Vorarbeiter. Auch auf der Straße, wo die faschistische Polizei die Bevölkerung bedroht, kämpft er oder rennt um sein Leben.

Wenn ein junger Namibier seinen Arbeitsplatz verliert oder aus der Schule ausgeschlossen wird, dann findet er irgendeine Arbeit, um zu überleben, und der größte Teil seiner Zeit ist dem Kampf für die Emanzipation seines Volkes gewidmet.

Ein Teil der Jugendlichen wird zu "Tsotsies", was gewöhnlich weder ihrem Wunsch noch dem der afrikanischen Bevölkerung entspricht. Diese zu "Tsotsies" gewordenen Jugendlichen wurden dazu gezwungen, als Banditen zu stehlen und sogar nachts Menschen niederzuschlagen. Was steckt dahinter?

Weil sie gewaltsam von ihren Arbeitsplätzen und Schulen vertrieben oder weil ihnen eine Arbeitserlaubnis, wo auch immer, verweigert wurde, hat sich dieser Teil der Jugend entschlossen, sich von dem bestehenden politischen und sozialen System zu befreien und sich ein eigenes Leben zu organisieren. Manchmal wird unserer Bevölkerung durch diese Jugendlichen, die der Feind in eine besondere Art von Untergrund und in ein Guerilla-Leben ohne Moral und politische Aktivitäten gezwungen hat, Leid zugefügt.

In einer revolutionären Situation ist dieser Teil unserer Jugend noch nicht verloren. Er muß gewonnen und in die Reihen unserer Kämpfer eingegliedert werden. Aufgrund ihrer Erfahrung im Spezialkampf (einschließlich Straßenschlachten) und ihrer Gewöhnung an ein hartes Leben kann diese Gruppe in eine revolutionäre Kraft verwandelt werden. Die SWAPO wird mehr politische Direktiven und Disziplin vermitteln, so daß dieser Teil der Jugend nicht nur für Brot und ein paar Münzen kämpft, sondern für die sozialen und politischen Ideale unseres gesamten Volkes.

#### RELIGIÖSE FÜHRER

In Namibia sind die religiösen Führer - die Priester, Diakone und Nonnen - ein besonderer Faktor zur Überzeugung des Volkes und zur Kommunikation mit ihm, besonders

mit den Arbeitern und Bauern. Wie die Intelligenz, so ist auch diese Gruppe nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, hat aber Einfluß auf das Volk und wird von ihm respektiert. Im Unterschied zur Schicht der Intelligenz ist aber ein großer Teil dieser Gruppe reaktionär und leidet an Subjektivismus. Dieser Teil gibt vor, außerhalb der bestehenden gegenwärtigen Situation zu leben und predigt den Kompromiss zwischen dem Volk und dem Feind - 'um Gottes Willen' (wie sie es nennen).

Es gibt jedoch einige patriotisch eingestellte Priester oder Kirchenführer allgemein, die für die Befreiung der namibischen politischen Häftlinge beten und kämpfen und aktiv gegen die Apartheid angehen. Solche Kleriker finden ihre Liebe und wahre Neigung in SWAPO und in unserem Volk.

Einige haben bereits unseren Aufruf für eine Einheitsfront mit allen Kräften, die die Apartheid bekämpfen, akzeptiert und haben auch erkannt, daß unser Politisches Programm für einen freien, unabhängigen, weltlichen und demokratischen Staat für das gesamte namibische Volk die einzige vernünftige Lösung ist. Allen denjenigen Klerikern, die das Volk täuschen und schwankend machen, indem sie Neutralität (gegenüber SWAPO und dem Volk selbst) predigen, während sie gleichzeitig Südafrika helfen, indem sie für die Apartheid-Führer beten und die Verräter der Bantus segnen, sei gesagt: sie sollten verstehen, daß es für sie besser ist, ihr Wort von der Neutralität zu halten. Jeder, der nichts für die Befreiungskämpfer tun will, soll auch nichts gegen sie tun!  
Liebe Landsleute!

Unser Land befindet sich in einer schwierigen Phase seiner Geschichte, und es ist für jeden Namibier zur Pflicht geworden, am Kampf teilzunehmen. Es wird niemand vom Mars oder vom Mond kommen, oder auch von der UNO oder OAU, und uns den Kampf abnehmen. Wir allein werden in unserem eigenen Land für unsere eigene Befreiung, für unsere eigene Unabhängigkeit und für unsere eigene Zukunft kämpfen. Wir werden möglicherweise nicht immer erfolgreich sein, aber wenn wir hart und mit Entschlossenheit für unsere Befreiung arbeiten, wird der Sieg sicherlich auf unserer Seite, auf der Seite der Gerechtigkeit sein.

Liebe Landsleute, laßt uns in Solidarität für Freiheit und Gerechtigkeit arbeiten! Wir haben nichts zu verlieren, nur

18 unsere Leiden!

Lang lebe das Volk von Namibia!  
Lang lebe die SWAPO, die glorreiche Vorhut unserer Revolution!  
Lang leben die Völker Afrikas!  
Nieder mit dem Imperialismus und Vorsters Neofaschismus!  
Vorwärts zum Sieg!

(Quelle: Hektographiertes Material der SWAPO)

# ANGOLA

## KOMMUNIQUE DES LEITUNGSKOMITEES DER VOLKSBEWEGUNG FÜR DIE BEFREIUNG ANGOLAS (MPLA)

### DIE VÖLKER DES ÄUSSERSTEN SÜDENS VON ANGOLA HABEN DIE WAFFEN GEGEN DEN PORTUGIESISCHEN KOLONIALISMUS ERHOBen

Gemäß der Parole, die von der MPLA ausgegeben wurde: "Ausbreitung des Kampfes auf das gesamte nationale Territorium", sind die Kämpfer unserer Bewegung und das Volk im ganzen Land zur Aktion geschritten.

Unter Ausnutzung der günstigen Situation, die seit einigen Monaten in Südwestafrika (Namibia) herrscht, wo Tausende von der SWANLA (South West African Native Labour Association = Südwestafrikanische Eingeborenen-Arbeiter Vereinigung) angeworbene Angolesen arbeiten, haben die Völker des äußersten Südens von Angola den bewaffneten Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus koordiniert mit dem in Namibia geführten Kampf gegen die südafrikanischen Rassisten aufgenommen.

Das Gebiet des jetzigen neuen Distrikts von CUNENE (die südliche Hälfte des alten HUILA-Distrikts) befindet sich seit dem 12. Januar 1972 im bewaffneten Aufstand.

Die Lage hat sich für die portugiesischen Kolonialisten so verschärft, daß der Generalgouverneur von Angola, Hauptmann Rebocho Vaz, sich am 31. Januar persönlich in diesen neuen Distrikt begeben hat, wo er einige Tage geblieben ist, um die Unterdrückungsmaßnahmen zu leiten.

Tausende von Soldaten, Miliz, Beamte und Hilfskräfte der PIDE-DGS<sup>1)</sup> und Polizisten sind in Flugzeugen in den äußersten Süden Angolas gebracht worden.

Spezialisten der psychologischen Kriegsführung sind bereits am Ort und die Techniker der offiziellen Rundfunkstation bereiten die Aufstellung eines Senders in der Stadt Pereira d'Eca (Nijva) vor, um

den Einflußbereich der psychologischen Kriegführung zu vervollständigen.

Alle diese konzertierten Repressionsakte der portugiesischen Kolonialisten und der südafrikanischen Rassisten können ebensowenig wie die psychologischen Versuche das Volk von Süd-Angola vom nationalen Befreiungskampf abhalten.

Das Leitungskomitee der MPLA bestärkt die tapferen Völker von Süd-Angola in ihrem Willen, den bewaffneten Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus weiterzuführen und grüßt das mutige Volk von Namibia in seinem Kampf für die nationale Unabhängigkeit.

Das Leitungskomitee der MPLA verurteilt schon jetzt die wütende kolonialistische und rassistische Unterdrückung und protestiert auf das schärfste gegen die Komplizenschaft der kolonialistischen portugiesischen Regierung mit der rassistischen südafrikanischen Regierung bei der Ausrottung der afrikanischen Völker.

Das Leitungskomitee der MPLA ruft zu einer breiten internationalen Solidaritätskampagne auf, um weitere Massaker, die sich die beiden erzreaktionären Regimes, die Feinde Afrikas, vorgenommen haben, zu verhindern.

am 7. Februar 1972 DER SIEG IST SICHER!

Das Leitungskomitee der MPLA

#### Anmerkung der Redaktion:

1) Es handelt sich um die faschistische Geheimpolizei.

(Quelle: MPLA News, März 1972)

## **GUINEA-BISSAU**

Es folgt der zweite Teil des Jahresberichts des Generalsekretärs der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverdischen Inseln (PAIGC). Den ersten Teil brachten wir in AIB 4/72.

AMILCAR CABRAL:

### **KURZER BERICHT ÜBER DEN KAMPF IM JAHR 1972 (2)**

[...]

#### BEZIEHUNGEN ZU AFRIKA

Unsere Beziehungen zu unabhängigen afrikanischen Ländern sind gewachsen und haben sich während des Jahres 1971 gefestigt. Die Republik Senegal zeigt jetzt immer mehr Interesse daran, uns so viel Hilfe wie möglich zu gewähren; aber abgesehen von den Beziehungen zu Nachbarstaaten ha-

ben andere Länder wie Nigeria, Somalia, Sudan, Tunesien und Libyen den Wunsch geäußert, uns zu helfen, indem sie uns bilaterale Unterstützung gewähren, wie es andere Staaten bereits tun.

Die Konferenz der Regierungschefs vom letzten Juni in Addis Abeba war ein weiterer wichtiger Sieg für die Befreiungsbewegung in Afrika, besonders für unsere Partei. Wir wurden wieder einstimmig als Delegierte für alle Befreiungsbewegungen auf der Konferenz gewählt. Die Entscheidung, die Hilfe für alle Freiheitskämpfer zu verstärken, wie auch die Schaffung einer Sonderkommission der OAU<sup>1)</sup> für Westafrika, deren stellvertretender Direktor ein Mitglied unserer Parteiführung ist, berechtigen zur Hoffnung auf eine beträchtliche Verbesserung der afrikanischen Solidarität mit unserem Kampf. Das OAU-Befreiungskomitee setzt gleichzeitig seine aufopferungsvollen Bemühungen fort, uns jede mögliche Hilfe zukommen zu lassen. Mit der Verwirklichung der Beschlüsse der außerordentlichen Konferenz in Lagos (Dezember 1970) hat dieses Komitee unserer Partei besondere finanzielle Unterstützung gewährt, die außerordentlich nützlich war.

Wir müssen betonen, daß wir bei den Gesprächen mit verschiedenen afrikanischen Regierungschefs in Addis Abeba, Conakry oder in den jeweiligen Ländern und mit dem Generalsekretär der OAU und den Mitgliedern des Sekretariats des Befreiungskomitees immer besonders großes Interesse an unserem Kampf und den ehrlichen Wunsch festgestellt haben, unserer Partei zu helfen. Das ist eine sehr starke Ermutigung für unser Volk und für alle Mitkämpfer und Soldaten in unserer Organisation.

#### AN DER INTERNATIONALEN FRONT

An der internationalen Front gibt selbst der Feind zu, daß er sich zunehmend angeklagt, verurteilt und moralisch isoliert fühlt - trotz politischer und materieller Unterstützung durch seine NATO-Partner und andere. Wir haben beträchtliche Fortschritte gemacht.

Unsere Solidaritätsbeziehungen zur Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern erweisen sich in zunehmendem Maße als nützlich für unseren Kampf. Sie verwirklichen sich konkret bei der wertvollen Versorgung mit grundlegend notwendigen Mitteln, die am dringendsten gebraucht werden, und mit anderem Material, von dem wir schon einiges dies Jahr erhalten haben. In den westeuropäischen Ländern hat das Hilfs-

komitee seine Aktivitäten in beiden Bereichen, der Verbreitung von Informationen und der Geldsammlung für unsere Sache, verstärkt. Schweden hat beschlossen, die Hilfe vom letzten Jahr zu verdoppeln; Norwegen und die anderen skandinavischen Länder sind ebenfalls bereit, uns zu helfen. Es ist besonders wichtig, an dieser Stelle auf die mutige Haltung des norwegischen Außenministers hinzuweisen, der während der letzten NATO-Rats-Tagung in Lissabon die Politik und die Kolonialkriege Portugals als gegen die Interessen der Menschlichkeit gerichtet und als unvereinbar mit jenen Grundsätzen verurteilte, die in der Charta dieser Organisation niedergelegt seien.

In Portugal zeigt die Bevölkerung selbst, daß sie sich immer mehr der Tatsache bewußt wird, daß der Kolonialkrieg ein Verbrechen gegen ihre eigenen Interessen ist. Immer häufigere Demonstrationen gegen die Kolonialpolitik und die Aktionen der tapferen portugiesischen ARA-Patrioten<sup>2)</sup> stellen größere Siege in unserem gemeinsamen Kampf gegen den Kolonialkrieg dar und sind eine Garantie für die Freundschaft und Solidarität, die unser Volk mit dem portugiesischen Volk zu bewahren, zu entwickeln und zu festigen hofft.

Vom militärischen Gesichtspunkt aus ist die Handlungsweise der portugiesischen Imperialisten immer noch bestimmt durch die Tatsache, die die Kolonialbehörden selbst so oft öffentlich zugegeben haben: daß sie den Krieg, den sie gegen das afrikanische Volk führen, nicht gewinnen können. Dieses Unvermögen ist nicht nur ein Ergebnis der zunehmenden Stärke unserer bewaffneten Streitkräfte und unserer Siege in der Schlacht, sondern vor allem ein Resultat des ständigen Anwachsens des politischen Bewußtseins in unserer Bevölkerung. Die Imperialisten haben das eingesehen und versuchen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die barbarischsten Verbrechen gegen unser Volk zu begehen; sie töten unsere Rinder, verbrennen unsere Ernten; kurz, sie verstärken ihre verbrecherischen und terroristischen Anschläge, was ihre Behauptungen Lügen straft, sie wollten das sozio-ökonomische und politische Leben des afrikanischen Volkes verbessern.

So sind denn die Aktionen des Feindes im Jahre 1971 gekennzeichnet durch ständige Flächenbombardements, eingeschlossen den Gebrauch von Napalm, und durch Angriffe von Truppen, die mit Hubschraubern ein-

gefliegen werden, um Dörfer zu zerstören, Ernten zu verbrennen und Vieh zu töten. Da ihnen die neusten und besten Flugzeuge und Hubschrauber aus den Lieferungen ihrer Alliierten zur Verfügung stehen, haben die Kolonialisten ihre Bombenangriffe und terroristischen Anschläge verstärkt. Weil sie aber auf den mutigen Widerstand sowohl der Soldaten als auch der einheimischen Bevölkerung stoßen, erreichen sie kaum ihre Ziele. Die am meisten von diesen verbrecherischen Handlungen betroffenen Gebiete sind genau diejenigen, die am dichtesten bevölkert sind oder in denen die Partei am stärksten ist: Cubisseco, Cubucare, die Balana-Grenze (im Süden), Oio und Saara (im Norden).

In der Gegend von Unal, Tombali und Como wurden Dutzende von Dörfern zerstört, riesige Mengen von Reis verbrannt und ungefähr 200 Rinder getötet. Glücklicherweise entspricht die Zahl der getöteten Menschen nicht den Erwartungen des Feindes, obwohl er mit Vorliebe Krankenhäuser und Schulen angreift und seine Opfer vor allem Kinder und alte Leute sind.

Die Aktionen unserer Streitkräfte waren 1971, besonders auf dem Höhepunkt der Trockenzeit, ausgedehnter und stärker als jemals zuvor. Diese Tatsache ist selbst von den portugiesischen Imperialisten erkannt worden, die einen besseren Eindruck machen wollen, als er durch ihre Kriegskommuniqués entsteht, obwohl auch diese stets verfälscht sind und deshalb behaupten, daß die Entwicklung und Verstärkung unseres Kampfes der Anwesenheit ausländischer Experten - besonders Kubanern - in unseren Armeen zuzuschreiben sei. Diese Lüge wie so viele andere überzeugt nur die, die daran glauben wollen; unterstreicht nur die Fähigkeiten und den erhöhten Grad der Aktivitäten unserer Kämpfer, die keine Mühe und kein Opfer scheuen, um die Anweisungen des Kriegsrats unserer Partei auszuführen.

Unsere nationalen Streitkräfte sind in verschiedene Armeekorps neugegliedert und dank der Bildung und Verstärkung örtlicher Streitkräfte zum Teil von der Aufgabe entbunden worden, die befreiten Gebiete zu verteidigen. Dadurch können sie ihre Aktivitäten an allen Fronten verstärken und entwickeln und gleichzeitig das zu unserer Verfügung stehende Material wirksamer einsetzen. Unsere Neugliederung, die zu Beginn des Jahres durchgeführt wurde, unsere größere Erfahrung und der Einsatz bestimmten Materials haben bei den Erfolgen eine

wichtige Rolle gespielt, die unsere tapferen Kämpfer bei der Ausführung der Pläne unseres Oberkommandos erzielt haben.

Die neue Schlagkraft der Streitkräfte erreichte ihren Höhepunkt während der "Apriloffensive". Durch Erhöhung der Intensität und Anzahl der Aktionen an allen Fronten und Verdoppelung unserer Anstrengungen ist es uns tatsächlich in diesem Monat gelungen, den Feind, der das Mißlingen seiner Pläne eingestehen mußte, vollständig zu verwirren. Wir führten 86 Angriffe auf portugiesische Stellungen aus (durchschnittlich drei pro Tag); wir stellten acht tödliche Hinterhalte und setzten dabei mehr als 250 Soldaten und Offiziere der Kolonialarmee außer Gefecht; darunter waren 158 Gefallene. Von unseren Operationen verdienen folgende eine besondere Erwähnung: der erfolgreiche Feldzug verschiedener Armeekorps an der Kinara-Front von April bis Juni, bei dem alle feindlichen Stellungen wiederholt angegriffen wurden, wobei der Feind schwere Verluste an Menschen und Material erlitt; die Operationen an der Catio-Front, bei der die Stadt dieses Namens zweimal von unseren Soldaten angegriffen und beträchtlich beschädigt wurde; die Aktionen an der Ostfront, wo die Stadt Gabu während unseres Feldzugs dreimal aus dem Hinterhalt angegriffen wurde. Bei einem dieser Hinterhalte wurde der befehlshabende Offizier der Garnison Pitche getötet, 10 Lkw's, ein Panzerwagen und verschiedene Geschütze wurden zerstört. Außerdem wurden ähnlich intensive und fortgesetzte Angriffe gegen portugiesische Positionen entlang der Grenze nach Senegal durchgeführt.

Das Jahr 1971 wird vor allem in die Geschichte unseres Kampfes als die Periode eingehen, in der wir zum ersten Mal in der Lage waren, alle in der Hand des Feindes befindlichen Stadtzentren anzugreifen, selbst die Hauptstadt Bissao und die zweitgrößte Stadt Bafata. Wie in dem Komunique über diese Operationen gesagt wird, bezeichnen die Angriffe auf kolonialistische Positionen in Bissao und Bafata eine neue Stufe der politischen und militärischen Entwicklung unseres Kampfes. Sie sind auch eine klare Widerlegung - falls man eine brauchte - der verlogenen Behauptungen der portugiesischen Kolonialisten, wir würden von benachbarten Ländern aus operieren, was als Vorwand für kriminelle Aggressionsakte gegen diese Länder benutzt wird.

Es ist wahr, daß der Angriff auf Bissao hauptsächlich als Warnung für die Bevölkerung der Hauptstadt gedacht war und daß wir zu seiner Ausführung sieben feindliche Garnisonen wegen Nachschub und Versorgung angreifen mußten. Hierbei erlitt der Feind zwar keine ernstesten Verluste an Menschen und Material; aber die psychologische und politische Wirkung dieser Aktion war größer als bei irgendeiner vorhergehenden. In Bafata, wo unsere Infanterie in die Stadt einmarschierte und dort einige Zeit ohne jede Erwidern des Feindes blieb, zerstörten unsere Soldaten vier Barracken, die meteorologische Station, den Flughafenkontrollturm sowie verschiedene Militär- und Verwaltungsgebäude. Eine Anzahl von Kolonialsoldaten wurde außer Gefecht gesetzt; und unsere Soldaten hielten 75 Verdächtige fest, von denen später 68 freigelassen wurden. Bafata wurde noch einmal am 26. November letzten Jahres von unserer Artillerie angegriffen.

1971 führten wir 779 größere Aktionen aus, insbesondere

Angriffe auf befestigte Lager.....	545
Angriffe auf Flughäfen und Häfen....	12
Hinterhalte und andere wichtige Operationen .....	178
Aktionen gegen Flußtransporte.....	20
Kommandounternehmen in Stadtzentren.	15

Unsere Streitkräfte setzten 1.495 feindliche Soldaten und Agenten außer Gefecht, davon starben 912. Die Zahl der offiziell als verwundet angegebenen (585) entspricht bei weitem nicht der Wirklichkeit. Tatsächlich wird aus Bissao und Lissabon berichtet, daß die Militärkrankenhäuser noch nie so viele Verwundete hatten wie in diesem Jahr, und die wirkliche Zahl der Verwundeten auf ca. 1.500 geschätzt. Das ergibt Gesamtverluste von 2.412 feindlichen Soldaten (Tote und Verwundete).

Was die Ausrüstung betrifft, so haben wir 137 Militärfahrzeuge zerstört oder beschädigt, 35 Boote und Schnellboote versenkt und vier Flugzeuge und drei Hubschrauber abgeschossen. Unsere Streitkräfte, die den Feind aus fünf verschanzten Lagern vertrieben und verschiedene Lager dem Erdboden gleichgemacht haben, eroberten eine große Menge an militärischen Ausrüstungen, darunter G-3-Maschinengewehre, Mausegewehre, amerikanische Bazookas und Fernmeldeausrüstungen.

Es ist richtig, daß wir an dieser Stelle noch nicht den Endsieg unseres bewaffneten Befreiungskampfes verkünden können.

Trotzdem besteht kein Zweifel, daß der Bericht von 1971 der beste in unserem neun-jährigen Kampf ist und einen entscheidenden Beitrag zum Sieg darstellt, den unser Freiheitskampf ganz gewiß erringen wird.

Dieses Ergebnis und alle unsere früheren Siege erklären die wachsende Verzweiflung der portugiesischen Kolonialisten und die immer noch ansteigende Grausamkeit und Härte ihres Kolonialkrieges.

In dem Versuch, ihre verbrecherische Hartnäckigkeit zu rechtfertigen, und angesichts des Fortschritts, den unser Kampf macht, greifen die portugiesischen Kolonialisten auf alle möglichen Argumente zurück wie z.B. auf dasjenige von General Kaulza de Arriaga in den "Strategie-Lektionen des Oberkommandos":

"Natürlich betrachte ich, während unsere Soldaten in Guinea sterben und wir eine Menge Geld dort ausgeben, diese Verluste und die ausgegebenen Summen nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung Guineas. Wäre es tatsächlich so, müßte ich es unerträglich finden, aber ein Mann, der in Guinea fällt, verteidigt indirekt Angola und Mozambique."

Das bestätigt mit all seinen Implikationen den erbärmlichen Zynismus und die Verachtung der portugiesischen Kolonialistenführer gegenüber dem menschlichen - sogar dem portugiesischen - Leben; aber es hat den Verdienst, uns an den gemeinsamen Kampf und die gemeinsamen Interessen unseres Volkes mit den Brüdern in Angola und Mozambique zu erinnern. Es zeigt ganz klar das Ausmaß unserer Verantwortung im vereinten Kampf um die vollständige Beseitigung der Präsenz der portugiesischen Kolonialisten in Afrika.

Kein Manöver oder Verbrechen seitens der portugiesischen Kolonialisten - keine Macht der Welt - kann den unvermeidlichen Sieg unseres afrikanischen Volkes verhindern, das auf dem Weg zu nationaler Befreiung und zur Errichtung von Frieden und Fortschritt ist, worauf es ein Recht hat.

(Quelle: Hektographiertes Material der PAIGC)

## KURZ- INFORMATION

INDOCHINA/UNO: Zwei Tage vor Beginn der Umweltschutzkonferenz der UNO in Stockholm (5.-16. Juni 72) wird die "Internationale Kommission zur Untersuchung US-amerikanischer Kriegsverbrechen in Indochina" unter Vorsitz von Prof. Gunnar Myrdal ebenfalls in Stockholm ein Experten-Hearing über die Auswirkungen der modernen Waffen auf die Lebensbedingungen der Menschen in Indochina abhalten. Neben Wissenschaftlern aus Vietnam, Laos und Kambodscha haben auch bekannte Experten aus den USA, so etwa die Professoren Pfeiffer, Westing, Litthauer und Fred Branfman ihre Teilnahme zugesagt.

Für den Herbst ist eine weitere große Konferenz der Internationalen Untersuchungskommission angekündigt. Der Kommission gehören aus der BRD Prof. Erich Wulff und als Sekretär Frank Werkmeister, beide Mitherausgeber des AIB, an.

VIETNAM/BRD: Die Botschaft des Saigoner Marionettenregimes in Bad Godesberg hat zunehmende Sorgen mit den in der BRD lebenden vietnamesischen Studenten. Trotz verschärfter Repressalien und Bespitzelun-



Thieu noch über Wasser

SZ-Zeichnung: Murschetz

gen sprechen sich immer größere Teile dieser Studenten öffentlich gegen die US-Aggressoren und gegen das verbrecherische Thieu-Regime aus. In einem gemeinsam verfaßten Manifest z.B. haben verschiedene vietnamesische Studentengruppen in der BRD erklärt:

1. Wir verurteilen entschieden die barbarischen Unterdrückungs- und Terrormaßnahmen des Saigoner Regimes gegen Schüler, Studenten und Intellektuelle;
2. Wir fordern die Saigoner Administration

auf:

- sämtliche gefangengenommenen Schüler, Studenten und Intellektuelle sofort freizulassen,
  - das Recht der Studenten zu respektieren, sich im Universitätsbereich und im Wohnort frei zu betätigen,
  - sämtliche Unterdrückungsmaßnahmen gegen Schüler, Studenten und Intellektuelle einzustellen;
3. Wir unterstützen energisch und uneingeschränkt den Kampf der Schüler und Studenten Südvietnams für den Frieden und die Unabhängigkeit Vietnams;
4. Wir rufen sowohl die vietnamesischen Studenten bzw. die Bürgerorganisationen in der BRD und in den anderen Ländern als auch die ausländischen Studentenorganisationen, die sich für die Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden engagieren, auf, den Kampf der Schüler und Studenten Südvietnams konkret und energisch zu unterstützen."

Unterzeichnet ist diese Erklärung u.a. vom "Komitee zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD", von der "Union vietnamesischer buddhistischer Studenten in der BRD" sowie von den Redaktionen der Zeitschriften "Phan Anh", "Thuc" und "Hon Kem".

TÜRKEI: In Ankara wurden am 6. Mai die ersten drei von über 10 bereits verhängten Todesurteilen vollstreckt: Den drei jungen Patrioten Denis Gezmis, Hüseyin Inan und Yusuf Aslan war von den faschistischen Militärgerichten zur Last gelegt worden, im Februar vergangenen Jahres 4 US-Soldaten entführt und den gewaltsamen Sturz der verfassungsmäßigen Regierung angestrebt zu haben. Während die GI's jedoch nach wenigen Tagen unverseht freigelassen worden waren, wurde die verfassungsmäßige Regierung nur einen Monat später gestürzt, die Verfassung selbst außer Kraft gesetzt und ihrer demokratischen Inhalte beraubt, und zwar von eben jenen Militärs, die jetzt die Hinrichtung der drei Antifaschisten zu verantworten haben.

Die bürgerliche Presse in Westeuropa saugt begierig die Lügenpropaganda der türkischen Faschisten auf: Die verzweifelt kämpfenden türkischen Patrioten werden als "Terroristen" abgestempelt und jeder Geiselmord wird ihnen bedenkenlos und ohne hinreichende Beweise in die Schuhe geschoben (NZZ v. 8.5.72). (So ist der mutmaßliche Hauptverantwortliche für die Erschießung des israelischen Generalkonsuls Elrom

seitdem spurlos verschwunden; eine Fahnung findet nicht statt. Man verurteilte vielmehr den ehemaligen Studenten Mahir Çayan dafür zum Tode, der bis zuletzt seine Unschuld beteuerte und schließlich - nach der Flucht aus der Todeszelle - zusammen mit neun seiner Kameraden und drei entführten britischen Radartechnikern bei dem Massaker von Kizildere umkam. Die Berichte der allein an Ort und Stelle anwesenden Armee- und Polizeieinheiten sind äußerst widersprüchlich.)

Unterdessen wird in der Türkei unter dem Vorwand, die - längst von den Militärs beseitigte - Demokratie sei in Gefahr, an weiteren Ermächtigungsgesetzen gearbeitet und der beispiellose Terror zur Zerschlagung der demokratischen und sozialistischen Opposition verstärkt, was selbst die großbürgerliche FAZ (8.5.72) zu der Bemerkung veranlaßte, daß die "Alarmierung aller Truppenteile im Land [...] über das Gebot entsprechender Schutzvorkehrungen doch wohl beträchtlich hinausgehen (dürfte)". Systematische faschistische Hetze wird auch in der türkischen Zeitung "Terçüman" betrieben, die in Frankfurt mit einem besonderen Teil für die türkischen Arbeiter in der BRD erscheint. Ein gemeinsamer Ausschuß zahlreicher "National-sozialistischer türkischer Arbeitervereine" traf sich vor einigen Wochen im türkischen Generalkonsulat in Frankfurt.

Adressenänderungen

bitte  
r e c h t z e i t i g  
bekanntgeben

GUINEA/EWG: Sékou Touré, Staatsoberhaupt von Guinea, hat in Conakry vor dem UN-Ausschuß für Entkolonialisierung eine Assoziation der afrikanischen Länder an die EWG abgelehnt und sich für eine "echte, von Afrikanern geleitete afrikanische Wirtschaftsgemeinschaft" ausgesprochen. Es sei unsinnig, daß sich die Afrikaner um Präferenz-Abkommen mit der EWG und dem Commonwealth bemühten. Das würde der EWG lediglich zur Stellung einer "neokolonialistischen Supermacht" verhelfen. Die eigentlichen Probleme Afrikas, nämlich "der Kampf gegen die neokolonialistische Ausbeutung und der Klassenkampf", würden durch den Beitritt in die EWG in keiner Weise gelöst. (FR vom 24.4.1972)

GHANA: Kwame Nkrumah, Begründer und Führer der Volkskongresspartei (CPP), Leninpreisträger und erster Präsident der Republik Ghana starb am 27. April in Conakry/Guinea

im Exil. Nkrumah, Sohn eines Goldschmiedes, hatte seit 1935 in den USA und später (1945) in Großbritannien studiert. Dort, im Kontakt mit dem linken Labour-Flügel, mit Kommunisten und politisch aktiven Schwarzen aus Westindien und den afrikanischen Kolonien Großbritanniens (Kenyatta und Azikiwe) begründete er den "Panafrikanischen Kongreß", der 1945 zum ersten Mal in Manchester zusammentrat. 1947 kehrte er in seine Heimat, die damalige Kolonie Goldküste zurück, wo er zum Generalsekretär der Vereinigten Konvention der Goldküste (UGCC) gewählt wurde, die im Befreiungskampf gegen den britischen Imperialismus die Interessen der nationalen Bourgeoisie vertrat, eine Verfassungsreform und Selbstregierung forderte. Unter der Führung der UGCC kam es im Februar 1948 zu großen Demonstrationen gegen die britische Kolonialmacht. 1949 trennte sich unter Nkrumah die neugegründete Volkskongresspartei (CPP) von der nicht konsequent antikolonialen UGCC. Die CPP forderte damals sofortige Selbstregierung, Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, Aufbau einer modernen Gesellschaft sowie Unabhängigkeit und Einheit Westafrikas; sie entwickelte sich rasch zu einer demokratischen Massenpartei. Nachdem 1951 die innere Selbstverwaltung der Goldküste erkämpft worden war, wurde Nkrumah 1952 mit der Regierungsbildung beauftragt. 1957 wurde die Goldküste zum unabhängigen Staat Ghana innerhalb des Commonwealth und - gegen den Widerstand der in der United Party zusammengeschlossenen feudalen Reaktion - 1960 zur Republik erklärt.

Die CPP übte nach der Proklamierung der Unabhängigkeit einen starken Einfluß auf alle Massenorganisationen aus, insbesondere auf die Gewerkschaften, die ihr nach dem Muster der britischen Labour-Party als Kollektivmitglieder angeschlossen wurden. Auf ihrem Kongreß in Kumasi 1962 nahm die CPP ein neues Programm an, das die Erringung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und den Aufbau einer nichtkapitalistischen Gesellschaft als Hauptziel erklärte. Die CPP verfocht eine antiimperialistische Außenpolitik und nahm freundschaftliche Beziehungen zu den sozialistischen Staaten auf. Aus der Propagierung der Idee des "Panafrikanismus" entwickelte sich eine afrikanische Einheitsbewegung, aus der schließlich die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hervorging. Die progressive Politik der Regierung war ständigen Angriffen der äußeren und inneren Reak-

tion ausgesetzt, die in Attentaten auf Nkrumah gipfelten. 1964 wurde ein Referendum über eine weitreichende Verfassungsänderung durchgeführt, das ein großes Vertrauensvotum für die Politik Nkrumahs und der CPP ergab. Das Referendum entschied für die Einführung des Einparteiensystems und die Erweiterung der Exekutivgewalt des Präsidenten. Anfang 1966 nutzte die Reaktion die schwierige ökonomische Lage und die Abwesenheit des Präsidenten und stürzte mit Hilfe des Militärs und der Polizei die Regierung.

Nkrumah ging nach Guinea ins Exil, von wo er von Sékou Touré zum Co-Präsidenten ernannt wurde. Die CPP sowie zahlreiche andere demokratische Organisationen wurden verboten. Außenpolitisch näherte sich Ghana in der Folgezeit erneut den imperialistischen Staaten und brach den Versuch einer nichtkapitalistischen Entwicklung ab. Während Nkrumah seither in Ghana steckbrieflich verfolgt worden war, hatte eine starke Volksbewegung seine Rückkehr gefordert.

URUGUAY: Mit Mord und Terror geht die Reaktion in Uruguay gegen Repräsentanten der KP und der "Frente Amplio" vor. Der seit dem 1. März 1972 amtierende Präsident, Bordaberry, hat auf die ständig wachsenden Aktionen der Werktätigen und anderer fortschrittlicher Kräfte mit der Verhängung des Ausnahmezustandes geantwortet. Noch bevor im Parlament der Beschluß zur Ausrufung des "inneren Notstandes" durchgepeitscht war, überfielen Polizisten die Zentrale der KP in Montevideo (SZ vom 17.4.72). Von den Kommunisten, die das Gebäude ihres Zentralkomitees verteidigten, wurden sieben ermordet. Auch auf den Vizepräsidentenskandidaten der "Frente Amplio", Juan José Grottogini, und auf Senatoren der Volksfront wurden Sprengstoffanschläge verübt. Hunderttausend Bürger der Hauptstadt Montevideo nahmen demonstrativ am Trauerzug für die ermordeten Kommunisten teil. Die Streikaktionen der Arbeiter und Angestellten gingen, trotz des Ausnahmezustandes, im ganzen Land weiter. Eine zusätzliche Waffe im Kampf gegen die Reaktion: Die "Frente Amplio" gibt seit kurzem die täglich erscheinende Abendzeitung "Ultima Hora" heraus. (ND vom 12.4.1972)

FAZ = Frankfurter Allgemeine Zeitung  
 FR = Frankfurter Rundschau  
 ND = Neues Deutschland  
 NZZ = Neue Zürcher Zeitung  
 SZ = Süddeutsche Zeitung